

B e r i c h t

der Landesregierung

Verfassungsschutzbericht 1995

Federführend ist der Innenminister.

Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein

..Verfassungsschutzbericht 1995

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
I. Rechtsextremismus	
1 Überblick	1
2 Ziele und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus	1
3 Umstrukturierung des Rechtsextremismus stagniert	4
3.1 Neonazistische Strategien nach den Organisationsverboten	4
3.2 Rechtsextremistische Parteien verlieren weiter an Mitgliedern	6
4 Risiken für eine Eskalation rechtsextremistischer Gewalt	8
5 Hohes Gewaltpotential innerhalb der rechtsextrem orientierten Skinhead-Szene	11
6 Auslandsverbindungen von Rechtsextremisten	14
7 Aktivitäten rechtsextremistischer Organisationen und unstrukturierter Personenzusammenschlüsse	15
7.1 Die "Norddeutsche Bewegung" (NDB) als Nachfolgerin des Landesverbandes der verbotenen "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP)	15
7.2 "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)	17
7.3 "Junge Nationaldemokraten" (JN)	18
7.4 "Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLVH)	19
7.5 "Deutsche Volksunion" (DVU)	21
7.6 "Die Republikaner" (REP)	22
7.7 Sonstige rechtsextremistische Vereinigungen	24
8 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 1991 bis 1995	25

II.	Linksextremismus	
1	Überblick	26
2	Linksextremistischer Terrorismus	27
2.1	"Antiimperialistische Zelle" (AIZ)	27
2.2	"Rote Armee Fraktion" (RAF)	31
2.3	Unterstützer- und Sympathisantenspektrum des Terrorismus	33
2.4	Szene-Potential in Schleswig-Holstein	33
3	"Rote-Hilfe"-Aktivitäten	34
4	Autonom-anarchistische Szene	35
4.1	Organisierung und Strukturen der Szene	37
4.2	Aktionsfelder	38
4.2.1	"radikal"-Verfahren	38
4.2.2	Antifaschismus	41
4.2.3.	Anti-Atomkraft	42
4.3	Situation der autonom-anarchistischen Szene in Schleswig-Holstein	43
4.3.1	Potential und Strukturen	43
4.3.2	Entwicklung der Gewalttaten in Schleswig-Holstein	44
5	Dogmatischer Linksextremismus	45
5.1	Allgemeine Entwicklung	45
5.2	Einzelne Organisationen	45
6	Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 1993 bis 1995	48

III.	Extremistische Bestrebungen von Ausländern	
1	Überblick	49
2	Die "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) setzt ihre Tätigkeit trotz Verbot in der Bundesrepublik fort	50
3	Extrem-nationalistische türkische Organisationen verzeichnen einen Zulauf an Anhängern in Schleswig-Holstein	54
4	Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) und nationalistischen Türken setzten sich fort	55
5	"Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V." (AMGT) gliedert sich neu	56
6	Entwicklung der Mitglieder-/Anhängierzahlen der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 1993 bis 1995	58

I. Rechtsextremismus

1 Überblick

Ende 1995 gab es im Bundesgebiet rund 46 000 Mitglieder in rechtsextremistischen Vereinigungen. Damit hat sich die Zahl gegenüber 1994 um über 10 000 verringert; in Schleswig-Holstein von 1 875 auf rund 1 700.

Die Gewalttaten mit rechtsextremistischer Motivation gingen auf Bundesebene um rund 30 % zurück (von 1 489 auf 1 047), in Schleswig-Holstein um etwa 50 % (von 61 auf 30).

Diese Momentaufnahme des Rechtsextremismus zeigt zwar, daß die Verbote, Strafverfolgungsmaßnahmen und gesellschaftlichen Reaktionen erfolgreich waren; sie macht aber auch die weiterhin vorhandene Gewaltbereitschaft deutlich. Rechtsextremistisch motivierte Gewalt stellt keine Gefährdung der Verfassungsordnung, aber unverändert eine Herausforderung für die Innere Sicherheit dar.

Die Neonazi-Szene hat sich auf dezentrale Einzelaktionen zurückgezogen, ist gewaltgeneigter geworden, aber auch unübersichtlicher.

Die Führer der rechtsextremistischen Parteien sind weitgehend zerstritten, zum Teil im Gefängnis oder wurden abgesetzt. An der Basis ist zunehmend der Wunsch nach parteiübergreifender Zusammenarbeit erkennbar. Machtpolitische Ansprüche der Parteitippen stehen dem noch entgegen.

2 Ziele und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus

Verbindende Elemente des Rechtsextremismus sind übersteigerter Nationalismus und völkischer Kollektivismus, die oft in einer diffusen Rassenideologie verwurzelt sind. Die pluralistische Gesellschaft wird abgelehnt, der Parlamentarismus verächtlich ge-

macht und als unfähig hingestellt, dem nationalistisch verstandenen Gemeinwohl zu dienen.

In einer rechtsextremistisch geprägten Jugendkultur, die bewusst gesellschaftliche Tabus verletzen und die militante Ablehnung der bestehenden Verhältnisse ausdrücken will, spielen Versatzstücke der nationalsozialistischen Ideologie und Symbole des Nationalsozialismus unverändert eine Rolle.

In Kreisen "nationaler Revolutionäre" und erst recht in rechtsextremen Parteien gilt die Anlehnung an nationalsozialistisches Gedankengut hingegen zunehmend als hinderlich auf dem Weg zu größerem politischen Einfluß. Sofern von ihnen überhaupt historische Bezüge hergestellt werden, sind eher antiliberale nationalistische Strömungen der Jahrhundertwende und der Weimarer Republik geistige Bezugspunkte, ist das Leitbild die widerspruchsfreie "organische" Volksgemeinschaft. Die öffentlichen Äußerungen betonen "nationale" Anliegen wie "Erhaltung der nationalen Identität" und "Schutz deutscher Interessen". Diese Forderungen müssen im Zusammenhang mit Verlautbarungen rechtsextremistischer Funktionäre gesehen werden. Erst dadurch wird der unüberbrückbare Gegensatz zwischen der durch Liberalismus und Pluralismus gekennzeichneten freiheitlichen Staatsform und dem antiliberalen Absolutheitsanspruch der rechtsextremistischen Bestrebungen deutlich.

Der auf neonazistische Organisationen ausgeübte staatliche Druck hatte zur Folge, daß eine Art Widerstandsbewußtsein sich zu einem verbindenden Element der unterschiedlichen Strömungen entwickelte. Bei dem Versuch, eine "rechte Einheitsfront" zu erreichen, hat das Selbstverständnis als Fundamentalopposition gegenüber dem freiheitlichen Rechtsstaat inzwischen die vor allem 1994 bedeutsame "Anti-Antifa-Kampagne" abgelöst. Die totale Gegnerschaft gegenüber dem Staat wird von manchen National-Revolutionären sogar als Möglichkeit gesehen, sich mit Linksextremisten zu verbünden. So äußerte der ehemalige stellvertretende

Landesvorsitzende der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei"
in Nordrhein-Westfalen in einem Interview:

"Ich hätte mich gefreut, wenn es eine inoffizielle Regel gegeben hätte, die Linken lassen uns in Ruhe, wir lassen die Linken in Ruhe. Die sollen gegen den Staat agieren, und wir agieren auch gegen den Staat."

In der in den neuen Bundesländern herausgegebenen Zeitschrift "Angriff" (Ausgabe Nr. 7) rufen die Verfasser "Alle" zur täglichen Aktion gegen staatliche Repressalien und zur Sabotage am Staatsgehorsam auf:

"Bildet kleine geheime Gruppen. Greift die feindlichen Strukturen an. Aber: Keine Angriffe gegen Ausländer oder verwirrte Linke! Neue Freunde braucht das Land! Angriffspunkt von gemeinsamen Aktionen sollten die vier Mächte im Staat sein. Die Executive, die Legislative, die Justizia (!) und die Meinungsmonopole."

Auch der Betreiber des "Nationalen Info-Telefons Schleswig-Holstein" (NIT), André Goertz, Halstenbek (Kreis Pinneberg), sah einen Ansatzpunkt für die Zusammenarbeit mit Linksextremisten. Ein gegen ihn eingeleitetes Strafverfahren wegen der Verwendung des Wortes "Auschwitz-Mythos" in einer Ansage des Info-Telefons kommentierte er dahingehend: Es gehe nicht um den Holocaust, sondern um Einschränkungen der Grundrechte, die "schon bald" auch Linksextremisten treffen könnten. Weiter heißt es unter Hinweis auf die Berufungsverhandlung:

"Es gilt also, gemeinsam den Anfängen zu wehren. Wir wünschen uns die Anwesenheit aller progressiven Kräfte von Links bis nach Rechts."
(NIT-Ansage vom 25. August 1995)

Immer wieder wird versucht, das in Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes manifestierte Widerstandsrecht wegen des angeblichen Verrats deutscher Interessen zur Handlungsgrundlage zu machen. Das "Nationale Info-Telefon Berlin" faßt in einer Ansage vom 29. Dezember 1995 die jüngsten Entwicklungen aus der Sicht

der national-revolutionären bzw. neonazistischen Szene anschaulich zusammen:

"Mit dem Jahr '95 geht ein besonderes Kampffahr für die nationale Szene zu Ende. Auch weiterhin wurden die Grundrechte nationaler Bürger weiter eingeschränkt. Da die Gewährleistung der Grundrechte grundlegend für die Demokratie ist, wurde hiermit die Demokratie bedroht. Im Namen der Freiheit wurde eine geistige Unfreiheit geschaffen. Die wirklichen Demokraten im Sinne germanischer Volksherrschaft sind heute die nationalen Kräfte. Die ständigen Verbote nationaler Versammlungen haben es aber endlich ermöglicht, die verschiedenen nationalen Strömungen zu bündeln und zu einem geschlossenen Vorgehen zu motivieren. Darüber hinaus haben die staatlichen Maßnahmen die notwendige geistige Radikalisierung der nationalen Szene bewirkt. Auch die letzten Zweifler in der Szene haben nunmehr geistig mit dem noch herrschenden System restlos abgeschlossen. Das Jahr '96 wird die nationale Szene weiter voranbringen. Die Gewißheit, die Wahrheit und die Biologie weltanschaulich hinter sich zu wissen, möge der nationalen Arbeit einen großen Schub geben. Die geringe Zeit bis zum Machtwechsel muß jetzt zum Aufbau einer künftigen Führungselite genutzt werden."

3 Umstrukturierung des Rechtsextremismus stagniert

3.1 Neonazistische Strategien nach den Organisationsverboten

Die im Februar 1995 erlassenen Verbote gegen die "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) und die "Nationale Liste" hatten im Gegensatz zu den anderen acht seit 1992 ausgesprochenen Verboten unmittelbare Auswirkung auf die schleswig-holsteinische Szene. Diese hatte ihre entscheidenden Impulse in den vergangenen Jahren überwiegend von Neonazi-Funktionären aus Hamburg oder dem schleswig-holsteinischen Umland erhalten. Hervorzuheben ist hier neben dem zur engsten Gefolgschaft des verstorbenen Neonazi-Führers Michael Kühnen gehörenden Christian Worch, Hamburg, vor allem der führende Funktionär der verbotenen FAP, André Goertz. Dieser hat seit 1994 maßgeblich an der Erarbeitung neuer neonazistischer Konzepte für die Zeit nach den Verboten mitgewirkt und die daraufhin in weiten Teilen des Bundesge-

bietet einsetzende Entwicklung entscheidend mitgeprägt. Die Handlungsfähigkeit der Szene war aber trotz der Bemühungen um eine organisationsübergreifende Zusammenarbeit ("Vernetzung") im Jahre 1995 stark eingeschränkt. Anlässlich der rechtsextremistischen Aktionstage waren die Protagonisten der Szene, überwiegend ehemalige Angehörige der verbotenen neonazistischen Organisationen, nicht in der Lage, Aktionen mit größerer Beteiligung durchzuführen. Sie konnten nur mit konspirativ arbeitenden kleinen Gruppen unangemeldete Aktionen durchführen, um "Flagge zu zeigen" und sich gegenüber dem politischen Umfeld zu profilieren.

Der Hauptakteur der in Schleswig-Holstein spürbaren Sammlungs- und Vernetzungsbestrebungen, André Goertz, versuchte 1995, seinen Anhängern eine neue theoretische Handlungsgrundlage zu geben und eine optische Distanz zum Nationalsozialismus herzustellen. Dabei bedient er sich des selbstgewählten Terminus "Progressiver Nationalismus". In verschiedenen Publikationen definiert er dessen Inhalt. Danach beabsichtigt er, eine Systemalternative zu schaffen, womit die Beseitigung der als "herrschendes System" diffamierten freiheitlichen demokratischen Grundordnung gemeint ist. Mit dem Verzicht auf ideologischen Ballast will er eine breite Bündnisfähigkeit erreichen. Bestimmte Themenfelder sollen aus taktischen Erwägungen nur noch zurückhaltend angesprochen werden, um in der Öffentlichkeit nicht mehr Angriffsflächen als notwendig zu bieten. Konkret werden Antisemitismus und Revisionismus - dieser verbindet sich für die Öffentlichkeit insbesondere mit dem Stichwort "Auschwitz-Lüge" - genannt. Diese für viele Rechtsextremisten zentralen Punkte ihres Selbstverständnisses lassen nach Goertz' Auffassung die Rechte im "Sektierertum" verharren. Bemerkenswert ist, daß der "progressive Nationalismus" im Kampf gegen das "System" nicht nur ein Bündnis der eigenen politischen Strömungen anstrebt, sondern "auch die punktuelle Zusammenarbeit mit politischen Gegnern oder Ausländern". Eine Zusammenarbeit mit Linksextremisten

sei zum Beispiel bei der Ausforschung der Sicherheitsbehörden denkbar.

Goertz versucht, durch taktisch motivierte Zurückhaltung, sprachliche und organisatorische Verschleierung sowie durch die Verdammung der NS-Nostalgie neue Ansätze für den Rechtsextremismus zu finden. Innerhalb der Neonazi-Szene ist diese Taktik nur bedingt von Erfolg gekrönt. Beispielhaft für die neue Taktik ist die Reaktion von André Goertz auf eine von deutschen und ausländischen Neonazis am 19. August 1995 in Roskilde (Dänemark) veranstaltete "Rudolf-Heß-Demonstration", bei der unter anderem Hakenkreuze und das Symbol der verbotenen FAP gezeigt worden waren. Eine Ansage im "Nationalen Info-Telefon" machte die Demonstrationsteilnehmer als "Nostalgiker" lächerlich, die mit Hakenkreuz-Fahnen und Hitler-Gruß durch die Straßen zögen und nur "primitiv" für Heß demonstriert hätten. Auf dieser Linie liegt auch das Titelbild der von Goertz mitgestalteten rechtsextremistischen Publikation "Einheit und Kampf", auf der ein Foto der Demonstration mit der Schlagzeile "Faschingsumzug in Dänemark" überschrieben ist. Diese Kritik hat den Graben zwischen den Aktivisten der von André Goertz geführten "Norddeutschen Bewegung" und den für die Demonstration in Roskilde verantwortlichen Hamburger Neonazis vertieft.

3.2 Rechtsextremistische Parteien verlieren weiter an Mitgliedern

Der Mitgliederschwund bei den rechtsextremistischen Parteien setzte sich bundesweit auch 1995 fort. Hiervon waren die "Deutsche Volksunion" (DVU) und die "Republikaner" (REP) besonders betroffen. Sie mußten Mitgliederverluste von rund 25 % hinnehmen und verfügen danach noch über rund 15 000 (DVU) bzw. 16 000 (REP) Mitglieder. Die "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) hat nur noch knapp 4 000 Mitglieder, ein Rückgang von über 10 % gegenüber 1994. Die "Deutsche Liga für Volk und

Heimat" (DLVH) konnte ihren Mitgliederbestand von etwa 900 Personen halten.

Nachdem es diesen Parteien im sogenannten Superwahljahr 1994 nicht gelungen war, ein größeres Wählerpotential anzusprechen, konnten sie auch 1995 keine größere Resonanz erzielen. Programatisch unterscheiden sich die rechtsextremistischen Parteien nur unwesentlich voneinander. Ihre Hauptthemen sind nach wie vor - in nationalistischer Überzeichnung - "Überfremdung" und die angeblich negativen Folgen der europäischen Einigung. Der geringe Zuspruch der Wähler wird vom rechtsextremen Lager der eigenen Zerstrittenheit zugeschrieben, deren Überwindung zum wiederholten Mal als Allheilmittel propagiert wird.

Eine herausragende Rolle bei den 1995 vermehrt zu beobachtenden Einigungsbestrebungen kommt den Zeitschriften "NATION & EUROPA" und "EUROPA VORN" zu. Beide Schriften lassen erkennen, daß sie der DLVH nahestehen. Auch der ehemalige Vorsitzende der "Republikaner", Franz Schönhuber, engagiert sich seit Ende 1995 verstärkt beim Aufbau eines rechten Bündnisses. Die Bildung sogenannter Runder Tische wird als Rezept zur Überwindung der Zerstrittenheit gesehen.

Außerhalb Schleswig-Holsteins hat es 1995 unter Beteiligung von Lokalfunktionären einige dieser Veranstaltungen gegeben, die jeweils mit beschwörenden Appellen zur Vereinigung der Rechten endeten. Beispielhaft sind die sogenannte Pulheimer Erklärung und der "Pfälzer Aufruf". Auffällig ist, daß die früher üblichen heftigen Attacken gegen Konkurrenten aus dem eigenen Lager vermieden wurden, um einen Schulteranschluß zu erleichtern.

Größere Erfolge der Einigungsbemühungen sind bisher nicht zu erkennen. Bemerkenswert ist jedoch, daß an der Mitgliederbasis die Parteizugehörigkeit immer weniger als trennend empfunden, vielmehr die Ablehnung des parlamentarischen Systems als verbindende Klammer gesehen wird.

Dies zeigt sich auch in Schleswig-Holstein. Unter den rund 1 300 Mitgliedern der rechtsextremistischen Parteien besteht an der Basis ebenfalls der Wunsch nach Einigkeit. NPD und DLVH unterstützen sich bereits seit langem. Auch an der Basis der "Republikaner" gibt es Strömungen, die eine gemeinsame politische Plattform befürworten und Abgrenzungsbeschlüsse der Parteiführung ignorieren.

4 Risiken für eine Eskalation rechtsextremistischer Gewalt

Der Rückgang der aus rechtsextremistischer Motivation verübten Gewalttaten hat sich auch 1995 fortgesetzt: auf Bundesebene gegenüber dem Vorjahr um rund 30 % von 1 489 auf 1 047. Davon hatten 400 Taten (1994: 860) einen fremdenfeindlichen Hintergrund (- 53 %).

In Schleswig-Holstein gingen die Gewalttaten von 61 im Jahre 1994 auf 30 im Jahre 1995 zurück. Hervorzuheben ist hier aber der am 13. Juni 1995 von vermutlich österreichischen Rechtsextremisten verübte Briefbombenanschlag gegen Lübecks Stellvertretenden Bürgermeister, bei dem der Geschäftsführer der SPD-Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft verletzt wurde, als er den Brief öffnete.

Durch die Brutalität dieses Verbrechens wird erschreckend anschaulich verdeutlicht, daß auch zurückgehende Anschlagzahlen kein Grund zur Entwarnung gegenüber rechtsextremistischer Gewalt sind. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund zahlreicher Verlautbarungen von Rechtsextremisten, die eine erhebliche Aggressivität erkennen lassen:

- Anfang des Jahres 1995 wurde eine umfangreiche Broschüre (fast 90 Seiten) mit dem Titel "Deutsches Manifest" anonym über das gesamte Bundesgebiet verbreitet. Im Kern geht es um eine Kampfansage an das "Weltjudentum", den "gemeinsamen Feind aller Völker". Mehrfach wird in der Broschüre dazu auf-

gerufen, "nach 50jährigem Waffenstillstand" am 9. Mai 1995 einen "Volkskrieg" zu beginnen:

"Nehmt von diesem Tage an den bewaffneten Kampf auf. Bedient euch jeder Art Waffe ... Die Tötung von Feinden und Verrätern im Kriege ist eine heilige, patriotische Pflichterfüllung. Seid großmütig und gewährt denen Gnade, die sich ergeben und Deutschland verlassen."

An anderer Stelle heißt es:

"Nun müssen Asylantenheime, Aufnahmelager, Ausländerämter, Moscheen, Synagogen etc. brennen ... Die Tötung Nichtdeutscher ist nicht unser eigentliches Ziel, wir nehmen sie jedoch billigend in Kauf."

- Der Betreiber der rechtsextremistischen Mailbox "Rattenfänger BBS" (ehemals "Werwolf BBS"), André Völkel (Niedersachsen), veröffentlichte anlässlich eines Neonaziprozesses in Stuttgart gegen Aktivisten der verbotenen "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" im Frühjahr 1995 einen unverhüllten Aufruf zur Gewalt:

"Wann, frag ich mich, gibt ein politisch 'Verurteilter' ENDLICH mal seinem 'Richter' im Gerichtssaal DAS, was er verdient??? Sicher, er müsste sich selbst opfern, aber auf andere Art und Weise kann man hier keine Veränderungen mehr durchsetzen. Es ist absolut sinnlos. Man könnte sich durchaus mal ein Beispiel an einigen Moslems nehmen, die wesentlich weniger zimperlich sind als wir."

- In der Juli/August-Ausgabe 1995 des "NS-Kampfruf", dem Sprachrohr der "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei - Auslands- und Aufbauorganisation", wird auf der letzten Seite der Generalbundesanwalt als "Drahtzieher des Terrors" bezeichnet, und weiter heißt es:

"Kay Nehm, GBA = Verantwortlich für die jetzige Terrorwelle gegen die Untergrundkämpfer im Reichsgebiet. Eines Tages werden diese Politbonzen ihrer absolut notwendigen Beseitigung zugeführt werden! FÜR DAS SYSTEM KEINEN MILLIMETER BODEN, SONDERN NEUN MM."

- Der Umfang des aufgefundenen Materials (unter anderem drei Handfeuerwaffen, fast 200 kg Sprengstoff, Zündmittel, Handgranaten, Minen und größere Mengen Munition) bei der Enttarnung von zehn mit Waffen und Sprengstoff gefüllten älteren Erddepots in Niedersachsen und Hessen im August 1995 durch den ehemaligen Leiter des "Völkischen Bundes", Peter Naumann (Hessen), hat das fortwährende Risiko des Entstehens von Rechtsterrorismus sehr deutlich gemacht. Naumanns Motive sind unklar. Möglicherweise ging es ihm um Strafmilderung in einem bevorstehenden Verfahren. In einer öffentlichen Erklärung bezeichnete er die Aufdeckung als Beitrag zur Deeskalation, als Absage an den Weg der Gewalt. An den Reaktionen des neonazistischen Umfeldes wurde deutlich, wie weit dieser Weg zumindest gedanklich schon beschritten ist.

Auch im "Nationalen Info-Telefon Schleswig-Holstein" (NIT) wurden aggressive Töne wie selten zuvor angeschlagen. In einer Ansage zu den Demonstrationsverboten und sonstigen polizeilichen Maßnahmen anlässlich der "Rudolf-Heß-Woche" äußerte der Sprecher des NIT, André Goertz, am 14. August 1995:

"Damit ist die Grenze des Erträglichen endgültig überschritten. Wir sagen: Es reicht! ... Durch die permanenten Eingriffe in die Grundrechte nationaler Menschen ... baut sich bei den Betroffenen ein Haß auf, der sich zwangsläufig entladen wird. Die Stimmung unter den Betroffenen ist extrem aufgeheizt ... Es liegt jetzt an den Verantwortlichen dieses Staates, ob sie eine friedliche Lösung der Problematik wünschen oder eine Eskalation betreiben wollen."

Der Nachsatz "Wir wollen eine friedliche Lösung" kann den drohenden Unterton der Ansage nicht mildern. Mit ähnlichem Tenor wurden rechtsextremistische Terrorakte kommentiert. Die NIT-Ansage nach dem Briefbombenanschlag am 13. Juni 1995 in Lübeck

läßt Genugtuung erkennen und hält ausdrücklich die Option einer Zuspitzung offen:

"Nach dem zweiten Briefbombenanschlag zittern die Systempolitiker vor einer Radikalisierung der bundesdeutschen Nationalisten ... Je mehr Terror ausgeübt und das System gefährdet wird, desto eher sind die staatlichen Organe zum Einlenken bereit. Eine gefährliche Haltung. Denn bislang haben im nationalen Spektrum die Anhänger eines legalen politischen Kurses die Oberhand. Ihre gesetzestreue Politik wird jedoch vom Staat pausenlos mit Partei- und Versammlungsverboten, wüsten Razzien und politischer Justiz belegt. Wenn man sich aber in der BRD nur mit Gewalt seine Grundrechte erkämpfen kann, dürfte das für den Staat fatale Folgen haben."

5 Hohes Gewaltpotential innerhalb der rechtsextrem orientierten Skinhead-Szene

Skinheads sind nur selten Mitglieder rechtsextremer Organisationen; aber es gibt immer wieder Hinweise auf Beziehungsgeflechte zwischen ihnen und rechtsextremen Aktivisten. Die besondere Brisanz besteht darin, daß die an sich unpolitischen Skinheads von Rechtsextremisten oftmals nachträglich eine politische Legitimation für ihre Gewaltbereitschaft gegenüber "feindlichen" Gruppen erhalten. Denn durch die fehlende Akzeptanz in der breiten Öffentlichkeit befindet sich die Skinhead-Szene in der Isolation und ist auf der Suche nach geeigneten Identifikationsfiguren. Insofern verwundert es nicht, daß auch publizistische Einflußnahmen durch organisierte Rechtsextremisten einen immer höheren Stellenwert - und damit eine "geistige Brandstifter"-Funktion - erlangt haben. Bei Hausdurchsuchungen wurde zum Beispiel - zum Teil in großem Umfang - Propagandamaterial verschiedener rechtsextremistischer Gruppierungen gefunden - von der "Deutschen Volksunion" über die "Deutsche Liga für Volk und Heimat" bis zur "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei - Auslands- und Aufbauorganisation".

Da die Skinhead-Musik stets ein Indikator für die Stimmung in der Szene war, deutet die Entwicklung im Jahr 1995 auf einen Wiederanstieg der Aktivitäten hin: es gab 35 Konzerte, 1994 nur 20. Diese wurden, um Verbandsverbote zu vermeiden, häufig konspirativ organisiert. Die Teilnehmerzahl lag zumeist zwischen 150 und 500 Personen, in wenigen Fällen sogar bei 1 000. Bei 14 Konzerten wurden rechtsextremistische Straftaten, wie das Zeigen des "Hitler-Grußes" und "Sieg-Heil-Rufe", bekannt. Die Dunkelziffer dürfte erfahrungsgemäß weitaus höher liegen. Einer der Hauptinitiatoren war der ehemalige Landesvorsitzende der verbotenen "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" in Niedersachsen.

Die Konzerte dienen den Skinheads als Gesprächsbörse, fördern das Zusammengehörigkeitsgefühl und stärken das Selbstbewußtsein. Nicht selten wird das Unterlaufen staatlicher Verbote thematisiert. Die harten Rhythmen und die gewaltorientierten Texte, deren Inhalte häufig rassistisch begründeter, menschenverachtender Haß gegen Fremde und Verherrlichung nationalsozialistischen Gedankengutes sind, putschen die Skinheads auf und rücken ihr Selbstbildnis vom harten Kämpfer für das deutsche Volk und die weiße Rasse in den Vordergrund. In Verbindung mit Alkohol kommt es dann immer wieder zu Gewalttaten gegen Ausländer oder vermeintliche "Linke".

Zahlreiche Skinhead-Konzerte, bei denen deutsche Skinhead-Bands auftraten oder an denen deutsche Skinheads teilnahmen, fanden 1995 wieder im Ausland statt. Mehrere Konzerte in Schweden wurden von einigen Hundert deutschen Skinheads besucht. Von den 1 000 Teilnehmern eines am 24. Juni 1995 in Göteborg durchgeführten Konzerts, bei dem auch die in Schleswig-Holstein gegründete Skinhead-Band "Kraftschlag" auftrat, kamen rund 300 aus Deutschland.

Hauptfeinde, gegen die sich die Haßgesänge der Skinhead-Band "Kraftschlag" richten, sind "Linke", "nicht-weiße Ausländer",

Juden und vor allem die Punks wegen ihrer antirassistischen und antimilitärischen Einstellung. So heißt es in einem "Kraftschlag"-Lied:

"Ja, wir sind deutsche Nationalisten,
wir sind weiß und hassen Marxisten.
Es fliegen die Stiefel genauso wie die Fäuste,
keiner kann sie bändigen,
die deutsche Kraftschlag-Meute.
Ihr Linken in Deutschland, hier werdet ihr nicht alt.
Kraftschlag, Kraftschlag ist Kraft durch Gewalt."

Bemerkenswert sind die andauernden Versuche organisierter Rechtsextremisten, durch den Einstieg in das Skinhead-Musikgeschäft die Szene immer wieder neu zu beleben und zu instrumentalisieren. Die Publikation "Einheit und Kampf" der "Jungen Nationaldemokraten" hatte bereits 1993 darauf hingewiesen, daß die Skinhead-Bands zur "Einstiegsdroge in die nationalistische Jugend-Szene" geworden seien und daß nationalistische Skinheads das "Kulturmonopol der Etablierten" geknackt hätten. Bezeichnend sind Äußerungen des Funktionärs der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" Manfred Rouhs (Köln), Herausgeber der Zeitschrift "EUROPA VORN" sowie Produzent und Vertreiber von Skinhead-Musik, "Musik mit populären Rhythmen und kulturbejahenden Texten" ghettoisiere den Nationalismus nicht, sondern helfe, "seine Basis zu verbreitern". Sie könne dazu beitragen, "Menschenmassen wenigstens oberflächlich im patriotischen Sinne zu politisieren" ("EUROPA VORN spezial", 1993 Nr. 6).

In Schleswig-Holstein sind der rechtsextrem orientierten Skinhead-Szene derzeit rund 340 Personen zuzurechnen. Dabei bilden der Großraum Rendsburg und das südliche Schleswig-Holstein die regionalen Schwerpunkte. So wurde am 5. August 1995 in Büdelsdorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde) ein Skinhead-Treffen durchgeführt, an dem rund 170 Personen teilnahmen. Die Vorbereitung der Veranstaltung offenbarte die Verbindungen von Skinheads und Neonazis.

6. Auslandsverbindungen von Rechtsextremisten

Neo-Nationalsozialisten, aber auch Funktionäre rechtsextremer Parteien unterhalten umfangreiche Kontakte ins Ausland. Von besonderer Bedeutung als Propagandalieferant ist die in den USA ansässige "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - Auslands- und Aufbauorganisation" (NSDAP-AO) des Gary Lauck. Er wurde am 20. März 1995 in Kopenhagen (Dänemark) festgenommen und im September 1995 an die Bundesrepublik ausgeliefert. Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat inzwischen Anklage erhoben wegen des Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und anderer Delikte. Fast gleichzeitig mit der Festnahme wurde am 23. März 1995 eine langfristig vorbereitete Exekutivmaßnahme gegen Besteller und Verteiler des NSDAP-AO-Propagandamaterials durchgeführt, unter anderem gegen acht Personen in Schleswig-Holstein.

Die Arbeit der NSDAP-AO wurde auch nach Laucks Verhaftung fortgesetzt. Im "NS-Kampfruf", Nr. 106 vom Mai/Juni 1995, heißt es:

"Der Kampf geht weiter ... Deutschland soll rings herum von sicheren Staaten aus eingekreist und ständig mit Propagandamaterial versorgt werden. Wir werden den Bonner Vasallen des Zionismus keine Ruhe lassen ... Ja für ... den politischen Endkampf zum Sturz der Bonner Vasallen und zur Errichtung eines nationalsozialistischen Europas."

Die für Schleswig-Holstein relevanten Aktivitäten in der deutsch-dänischen Grenzregion gingen im Berichtszeitraum zurück. Das hängt nicht nur mit der vorübergehenden Übersiedlung des Revisionisten Thies Christophersen in die Schweiz zusammen, sondern vor allem mit der im November 1995 erfolgten Verurteilung des ehemaligen Vorsitzenden der verbotenen "Nationalistischen Front", Meinolf Schönborn (Nordrhein-Westfalen), und dessen in Flensburg ansässig gewesenen Geschäftsführers zu Freiheitsstrafen wegen Fortsetzung einer verbotenen Vereinigung. Die grenzüberschreitenden Verlagsgeschäfte Schönborns sind da-

durch und durch den Wegzug des Geschäftsführers nach Sachsen-Anhalt vorerst zum Erliegen gekommen.

7 Aktivitäten rechtsextremistischer Organisationen und unstrukturierter Personenzusammenschlüsse

7.1 Die "Norddeutsche Bewegung" (NDB) als Nachfolgerin des Landesverbandes der verbotenen "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP)

Die FAP wurde am 24. Februar 1995 durch das Bundesinnenministerium verboten. In richtiger Einschätzung des drohenden Verbots hatte André Goertz, Halstenbek (Kreis Pinneberg), die von ihm dominierten FAP-Gliederungen Schleswig-Holstein und Hamburg bereits Ende 1994 aufgelöst und somit die Voraussetzung für eine kontinuierliche politische Weiterarbeit in Form der NDB geschaffen.

Daß der Begriff NDB öffentlich kaum verwendet wird, ist ausschließlich auf taktische Beweggründe zurückzuführen. Eine auf Organisationsstrukturen hinweisende Bezeichnung stünde im Widerspruch zu der Absicht, eine "Bewegung" als strukturloses Zusammenwirken gleichgesinnter Personen verbotsfest zu machen. Dennoch führte die Staatsanwaltschaft Flensburg Anfang Dezember 1995 wegen des Verdachts der Fortführung der verbotenen FAP eine Wohnungsdurchsuchung bei André Goertz durch.

Die NDB hat sich zwar 1995 nur zögerlich fortentwickelt; dennoch ist festzustellen, daß die früher unbedeutende, weitgehend führungs- und orientierungslose Neonazi-Szene Schleswig-Holsteins stärker zusammenfindet und ihr Potential etwas vergrößert hat. Zur Zeit dürfte es bei rund 70 Personen liegen.

Wenngleich der Schwerpunkt der NDB im geistigen Zusammenhalt liegt, ist es für die Erhaltung des eher aktionistischen neonazistischen Anhängerstamms unabdingbar, daß die NDB sich gele-

gentlich in der Öffentlichkeit engagiert. Seit Jahren dient dazu die "Rudolf-Heß-Woche". Dementsprechend hat Goertz sich in der Vorbereitungsphase der "Heß-Aktionswoche" 1995 engagiert, unter anderem mit Ansagen über das "Nationale Info-Telefon Schleswig-Holstein" sowie mit der Herstellung und dem Vertrieb anlaßbezogener Plakate. Während er 1994 in Schleswig-Holstein eine kaum beachtete Spontandemonstration angeführt hatte, wurde bei der letzten Aktionswoche eine Veranstaltung am späten Abend des 18. August 1995 in Hamburg bereits nach wenigen Minuten von der Polizei aufgelöst.

Wenig öffentliche Aufmerksamkeit konnte Goertz auf sich lenken, als er mit Bezug auf die Gedenkfeiern aus Anlaß des 50. Jahrestages des Kriegsendes unter dem Motto "50 Jahre seit Kriegsende - Gemeinsam Demokratie und Freiheit schützen!" am 6. Mai 1995 in Halstenbek (Kreis Pinneberg) mit 60 Personen eine Demonstration durchführte.

Die publizistischen Aktivitäten der NDB reichen dagegen über ihren Anhängerkreis hinaus. Mit "Nationalen Info-Telefonen" und Schriften erreicht die NDB inzwischen einen größeren Interessentenkreis. Goertz hat sich damit bundesweite Einflußmöglichkeiten auf den Neonazismus verschafft. Er übte wie 1994 über die von ihm inhaltlich gestalteten "Nationalen Info-Telefone" Schleswig-Holstein und Hamburg Einfluß auf andere "Info-Telefone" im Bundesgebiet aus. Im Februar 1995 erschien erstmalig die "Neue Standarte", die mit dem Namen sowie insbesondere mit der Ausgaben- und Jahrgangszählung in der Kontinuität des früheren Publikationsorgans "Standarte" der verbotenen FAP steht. Die Juni-Ausgabe 1995 erschien mit dem erneut leicht veränderten Titel "Der Standard", versehen mit der programmatischen Unterzeile "Deutschlands einzige Zeitung des progressiven Nationalismus", führt aber wiederum die Ausgaben- und Jahrgangangaben der FAP-"Standarte" fort. Die angegebene Auflagenhöhe beträgt 800 Exemplare.

Im Oktober 1995 konnte Goertz seinen publizistischen Einfluß durch Mitarbeit an der Zeitschrift "Einheit und Kampf" (EuK) , der "Jungen Nationaldemokraten" beträchtlich ausweiten. Die Publikation wird bundesweit in einer Auflage von 3 500 Exemplaren vertrieben; sie erscheint alle zwei Monate. Die EuK-Ausgabe Oktober/Dezember 1995 nennt André Goertz als Redaktionsmitglied und den der NDB zuzurechnenden NIZ-Verlag als Herausgeber. Hinter dem Kürzel NIZ verbirgt sich ein "Nationales Informationszentrum", das offensichtlich die Konturen der NDB für die Öffentlichkeit verschleiern soll.

7.2 "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)

Der seit Jahren auf kontinuierlicher Talfahrt befindlichen NPD drohte nach der zeitweiligen Absetzung des Parteivorsitzenden Günter Deckert (Baden-Württemberg) die Spaltung. Der im Juni 1995 wiedergewählte Parteivorsitzende war am 30. September 1995 vom Präsidium abgesetzt worden. Ihm wurden schwere Verstöße insbesondere gegen die Finanzordnung vorgeworfen. Obwohl das NPD-Landesschiedsgericht Baden-Württemberg die Amtsenthebung Deckerts auf dessen Beschwerde hin aufhob, erklärte der Bundesvorstand erst im Januar 1996 das Verfahren für erledigt. Auf einem Sonderparteitag im März 1996 wurde als neuer Parteivorsitzender Udo Voigt (Bayern) gewählt, Deckert, der zur Zeit eine Haftstrafe wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß verbüßt, zu seinem Stellvertreter.

Seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Deckert im Juni 1991 erlebte die NPD einen nachhaltigen Abwärtstrend. Die Mitgliederzahl ist von damals rund 6 100 auf heute rund 4 000 mit weiter fallender Tendenz geschrumpft. Unter Deckerts Führung driftete die NPD zunehmend ins neonazistische Lager ab, was ihre Attraktivität allenfalls für Neonazis aus verbotenen Organisationen, unter anderem für ehemalige FAP-Mitglieder, erhöhte.

In Schleswig-Holstein hatte die NPD 1995 noch etwa 140 Mitglieder. Auch aufgrund dieser personellen Schwäche nahm sie - wie auch schon 1992 - nicht an der Landtagswahl am 24. März 1996 teil. Trotz Verbots der Bundesführung unterstützte der NPD-Landesverband die "Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLVH) bei der Unterschriftensammlung für die Landtagswahl. Damit wurde eine bereits im Jahre 1994 begonnene Zusammenarbeit fortgesetzt.

In den Medien machte die Partei lediglich durch negative Schlagzeilen auf sich aufmerksam; so durch die inzwischen rechtskräftige Verurteilung des stellvertretenden Landesvorsitzenden wegen versuchten Mordes und versuchter Brandstiftung zu vier Jahren Freiheitsstrafe sowie durch ein Flugblatt mit volksverhetzendem Inhalt. In diesem Zusammenhang wurde im Dezember 1995 eine Hausdurchsuchung bei dem Lübecker NPD-Kreisvorsitzenden durchgeführt und belastendes Material beschlagnahmt.

7.3 "Junge Nationaldemokraten" (JN)

Die JN, die Jugendorganisation der NPD, versuchte sich - wie schon 1994 - durch eine erweiterte Bündnispolitik zu konsolidieren. Durch Neuzugänge, teilweise aus zwischenzeitlich verbotenen rechtsextremistischen Organisationen (unter anderem FAP), beträgt der Mitgliederbestand bundesweit rund 150 Personen. Auf einem Bundeskongreß im September 1995 in Sachsen-Anhalt wurde von den 80 Teilnehmern ein jugendpolitisches Papier angenommen, in dem die Erziehung der Jugend "im Geist unserer nationalistischen Weltanschauung zu revolutionär denkenden Menschen" als erstrebenswertes Ziel dargestellt und die "Zwangsintegration von Ausländern" verurteilt wird.

Auf dem von den JN organisierten "2. Europäischen Kongreß der Jugend" im Dezember 1995 in Bayern wurde dem europäischen Nationalismus das Wort geredet: als Alternative zu den Systemen der Liberalkapitalisten soll eine europäische nationalistische Einheitsfront geschaffen werden, die die nationalen Identitäten

der einzelnen Völker stützen soll. Teilnehmer an dem Kongreß waren unter anderem Delegationen aus den Niederlanden, England und Kroatien.

In Schleswig-Holstein sind die JN weiterhin nicht als eigener Landesverband existent. Die rund fünf bis zehn Einzelmitglieder nehmen sporadisch an JN-Veranstaltungen in Hamburg teil. Außerdem gibt es Verknüpfungen mit der NDB und vereinzelt Kontakte zur DLVH.

7.4 "Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLVH)

Die DLVH versuchte auch im Jahre 1995, die "Einigung der deutschen Rechten" voranzutreiben. Zu diesem Zweck initiierte sie bundesweit sogenannte Runde Tische im rechtsextremistischen Lager. Teilnehmer an diesen Zusammenkünften waren sowohl Mitglieder der NPD und der "Republikaner" als auch Neonazis. Grundlage für die Zusammenarbeit ist die sogenannte Pulheimer Erklärung, in der es unter anderem heißt:

"Die gravierenden Mißstände in Deutschland und das Unvermögen der Altparteien, diese zu beseitigen, machen eine starke und zukunftsorientierte Rechtspartei dringend erforderlich. Jahrelanger Schlingerkurs und unnötige Querelen in den eigenen Reihen haben uns von Millionen Wählern entfremdet und auch die Leidenschaft der Treuesten überfordert. Wir brauchen jetzt ein kraftvolles Signal der Versöhnung und Bündelung aller seriösen Kräfte von rechts."

Ähnliche Erklärungen wurden in Bergisch-Gladbach, Ludwigshafen, Ingolstadt und Eisenach verabschiedet. Trotz intensiver Bemühungen konnte sich die DLVH mit ihren derzeit bundesweit rund 900 Mitgliedern aber nicht als Sammlungsbewegung der Rechten etablieren. Sie strebt eine völkisch-nationalistisch geprägte politische Ordnung an. Selten artikuliert sie sich so offen wie in ihrem Informationsblatt "Die Nordlichter" vom August 1993, in dem dazu aufgerufen wird, daß alle aufrechten Deutschen sich zu einer Bewegung zusammenschließen sollen, "welche die derzeitige

gen Machthaber von ihren Sesseln fegt und endlich wieder deutsche Politik macht". Auch antisemitische, die Menschenwürde mißachtende Tendenzen werden wieder erkennbar, wie ein Schreiben des DLVH-Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Ingo Stawitz, vom 13. April 1995 an die Jüdische Gemeinde in Hamburg belegt. Darin heißt es unter anderem:

"... Wir halten es nicht für angebracht, erhebliche finanzielle Mittel ... einer so gut wie nicht vorhandenen 'Jüdischen Gemeinschaft' zur Verfügung zu stellen. Dieses schon deshalb, weil es immer mehr arbeitslose und obdachlose Deutsche gibt ... Denn würden wir einer noch latenten jüdischen Gemeinde Mittel bereitstellen, bestünde die Gefahr, daß als nächstes ... Zigeuner-Sippen ähnliche Ansprüche anmelden ..."

In Schleswig-Holstein verfügt die DLVH über rund 100 Mitglieder. Sie wird von dem DLVH-Landtagsabgeordneten Ingo Stawitz, Uetersen (Kreis Pinneberg), geführt. Stawitz, als einer der drei gleichberechtigten Bundesvorsitzenden im Oktober 1995 wiedergewählt, unterhält enge Kontakte zur Neonazi-Szene. Nachdem zunächst Verbindungen zum ehemaligen FAP-Funktionär André Goertz bekannt geworden waren, liegen neuerdings Informationen über eine Zusammenarbeit mit Mitgliedern der gleichfalls verbotenen "Nationalen Liste" vor. Stawitz sicherte sich auch die Unterstützung der NPD für die schleswig-holsteinische Landtagswahl im März 1996.

Nach dem (Rück-)Übertritt eines DLVH-Landtagsabgeordneten im Juli 1995 zur "Deutschen Volksunion" verlor die DLVH ihren Fraktionsstatus und damit erhebliche Zuschüsse. Bei der Landtagswahl am 24. März 1996 erhielt sie lediglich 0,2 % der Wählerstimmen. Der daraufhin einsetzende Mitgliederverlust stellt die Existenz der Partei mittelfristig in Frage.

7.5 "Deutsche Volksunion" (DVU)

Die DVU spielte auch 1995 bundesweit keine bedeutende Rolle. Das erklärte Ziel - Wiedereinzug in die Bremer Bürgerschaft - wurde verfehlt. Jedoch gelang ihr zum dritten Mal in Folge mit 5,7 % der Einzug in die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung. Nach diesem Teilerfolg beschloß der DVU-Bundesvorstand die Teilnahme an der Landtagswahl 1996 in Schleswig-Holstein. 1992 war die DVU mit 6,3 % als drittstärkste Partei in den Schleswig-Holsteinischen Landtag eingezogen, verlor aber 1993 durch den Übertritt von vier Abgeordneten zur DLVH ihren Fraktionsstatus.

Auf dem im August 1995 durchgeführten Parteitag des DVU-Landesverbandes Schleswig-Holstein wurde nach dem Bremer Hans Weidenbach der bisherige stellvertretende Landesvorsitzende, der Münchener Heinrich Gerlach, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Im Herbst 1995 begann die DVU dann mit der Neugründung von Kreisverbänden. Im Januar 1996 hatte sie die Aufstellung der Kandidaten zur Landtagswahl für alle 45 schleswig-holsteinischen Wahlkreise abgeschlossen. Bei der Landtagswahl am 24. März 1996 erreichte sie lediglich 4,3 %.

Die rechtsextremistische Grundhaltung der DVU wurde auch 1995 am Inhalt der vom Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey, München, herausgegebenen publizistischen Sprachrohre "Deutsche Wochenzeitung" (DWZ) und "Deutsche National-Zeitung" (DNZ) deutlich, und zwar an Klagen über die "extrem einseitige Vergangenheitsbewältigung", die den Deutschen "Kollektivverantwortung" für NS-Untaten einbleuen solle, und an Schlagzeilen wie "Vergasungen: Wer hat sie erfunden?" (DWZ Nr. 29/95).

Wenn Frey anlässlich der jährlichen Großveranstaltung in Passau bestreitet, daß die DVU eine ausländerfeindliche Partei sei, widersprechen dem eindeutig Zeitungsartikel wie "Kommt der Türkenkrieg zu uns?" (DWZ Nr. 14/95), "Asyl-Paradies Deutschland - müssen wir jeden aufnehmen?" (DWZ Nr. 28/95) oder "Jede Minute

ein Dutzend Straftaten! - wie Kriminalität und Ausländerpolitik zusammenhängen" (DWZ Nr. 30/95). Dabei geht es nicht um die sachliche Abhandlung schwieriger politischer Themen, sondern um die populistische Ansprache nationalistischer Ressentiments - unter Mißachtung der Verfassungsgrundsätze, die die Achtung der Menschenwürde und die Respektierung der grundsätzlichen Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz gebieten.

Dem größten Teil "multikultureller Islam- und Ausländerfreunde" geht es nach Meinung der DWZ nicht um Verständigung oder Freundschaft; für sie seien orientalische Zuwanderer nur ein Instrument, das verhaßte deutsche Volk zu zerbrechen und an seiner Statt eine multikulturelle Gesellschaft zu errichten, in der "vaterlandslose Gesellen" gedeihen sollen (DWZ Nr. 43/95).

Die Mitgliederzahlen der DVU waren 1995 weiter rückläufig. Bundesweit wurden Ende 1995 noch rund 15 000 Mitglieder (Vorjahr: 20 000) gezählt, in Schleswig-Holstein rund 900 (1994: 1 000, 1992: 2 150).

7.6 "Die Republikaner" (REP)

Die Wahlniederlagen der REP haben sich im Jahre 1995 fortgesetzt. Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus erhielten sie 2,7 % der Stimmen, bei den Landtagswahlen in Hessen und Nordrhein-Westfalen 2,0 % bzw. 0,8 % und bei der Wahl zur Bremer Bürgerschaft nur 0,3 %. In Schleswig-Holstein traten sie - auch im Hinblick auf ihre nur noch rund 140 Mitglieder - erst gar nicht zur Landtagswahl im März 1996 an. Lediglich in Baden-Württemberg erreichten sie bei der Landtagswahl am 24. März 1996 9,1 % (1992: 10,9 %).

Durch Querelen zwischen dem ehemaligen Parteivorsitzenden Franz Schönhuber (Austritt aus der Partei im November 1995) und dem jetzigen Vorsitzenden, Dr. Rolf Schlierer (Baden-Württemberg), und der dadurch drohenden Spaltung der Partei wurde die Partei-

arbeit wesentlich beeinträchtigt. Der Mitgliederbestand ging von rund 20 000 auf rund 16 000 zurück. Durch mehrere Abgrenzungsbeschlüsse, zuletzt vom 18. Juni 1995, lehnt die Partei offiziell eine Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Parteien oder Organisationen ab. Das hindert die Basis nicht an der Teilnahme an überparteilichen Gesprächsrunden.

Die verfassungsfeindlichen Ziele der Partei ergeben sich nach dem jüngsten Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 8. Dezember 1995 (Az.: 25 A 2431/94) aus der Gefährdung des Gebots der Achtung der Menschenwürde, des Verbots der Diskriminierung wegen der Rasse, der Sprache, der Abstammung oder des Glaubens sowie der Infragestellung des Demokratieprinzips. Eine von vielen in dem genannten Urteil zitierten Äußerungen aus Landesverbänden, von denen sich die Gesamtpartei nicht distanziert hat, lautet:

"Die Kindergarten-Laus (Mehmet-Anoplura) hält die Plätze besetzt. Woher diese Laus kommt? Dumme Frage. Sie sucht Asyl! Woran erkennt man Kindergarten-Läuse?! Sie haben eine Vorliebe für Knoblauch."

In Angriffen gegen die Daseinsberechtigung aller anderen existierenden Parteien durch die Bezeichnung als "Lizenz- oder Monopolparteien" oder den Vorwurf, die "vitalen Interessen des deutschen Volkes zu verraten", sei ein Angriff auf das Mehrparteiensystem des grundgesetzlichen Demokratieprinzips zu sehen.

Der schleswig-holsteinische Landesverband führt seit Jahren nur ein Schattendasein. Insbesondere die Entscheidung des Bundesvorstandes, an der Landtagswahl 1996 in Schleswig-Holstein nicht teilzunehmen, hat zu einer weitgehenden Lethargie im Landesverband und zum Rücktritt des stellvertretenden Landesvorsitzenden geführt. Am Landesparteitag in Uetersen im Januar 1995 nahmen lediglich rund 70 Personen teil.

Eine gewisse Aufwertung erfuhr der REP-Landesverband, als die stellvertretende Landesvorsitzende 1994 in den Bundesvorstand und im August 1995 zur Vorsitzenden des neu gegründeten "Republikanischen Bundes der Frauen" gewählt wurde. Aktivitäten dieses Frauenbundes konnten in Schleswig-Holstein bisher nicht festgestellt werden.

7.7 Sonstige rechtsextremistische Vereinigungen

Neben den genannten Organisationen und Personenzusammenschlüssen gibt es in Schleswig-Holstein Einzelmitglieder in einigen anderen der zur Zeit in der Bundesrepublik bekannten etwa 90 rechtsextremistischen Gruppen.

Darüber hinaus gibt es Kleingruppen, die rechtsextremistisches Gedankengut bei internen Zusammenkünften oder in von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommenen Publikationen pflegen. Beispielsweise sei hier die "Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter" genannt, die in regelmäßigen Publikationen wie dem "Zirkelbrief" nationalistische, rassistische und revisionistische Thesen vertritt.

Zwischen den Gruppen besteht oftmals ein enges Beziehungsgeflecht, das aus den grundsätzlichen Übereinstimmungen in der rechtsextremistischen Weltanschauung resultiert. Derartige Verknüpfungen sind zum Beispiel bekannt zwischen dem "Arbeitskreis für deutsche Politik", dem "Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff)" sowie einigen Kleinverlagen.

8 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 1991 bis 1995

	1991	1992	1993	1994	1995
NPD/JN	235	200	190	170	150
DVU	730	2 150	1 800	1 000	900
DLVH	40	30	80	80	100
REP	-	-	500	250	140
Sonstige					
Rechtsextr.	95	100	85	85	60
Gewaltbereite, insb. Skinheads	100	220	280	290	340
Gesamt Land	1 200	2 700	2 935	1 875	1 690

Gesamt Bund	40 600	42 700	65 400*)	56 600	46 100

*) In dieser Zahl sind erstmalig 23 000 Mitglieder der Partei "Die Republikaner" enthalten.

II. Linksextremismus

1 Überblick

Auch 1995 waren in der Bundesrepublik Deutschland terroristische Anschläge zu verzeichnen. Dabei erwies sich die "Anti-imperialistische Zelle" (AIZ) mit insgesamt vier Sprengstoffanschlägen auf Wohn- und Geschäftsgebäude erneut als derzeit gefährlichste Terrorgruppe.

Trotz anhaltender Kritik aus dem linksextremistischen Lager, die sich insbesondere gegen die Ungenauigkeit der politischen Positionen und die mangelnde Akzeptanz und Kontrollierbarkeit ihrer Aktionen richtet, hält die AIZ unbeirrt an ihrem Konzept "potentiell tödliche Aktionen" fest. Der letzte Sprengstoffanschlag im Jahre 1995 richtete sich am 23. Dezember gegen das Firmengebäude des Heitkamp-Konzerns in Düsseldorf. Für 1996 hat die AIZ weitere Anschläge angekündigt. Zwei mutmaßliche AIZ-Mitglieder wurden am 25. Februar 1996 in Witzhave (Kreis Stormarn) verhaftet.

Dagegen verzichtete die "Rote Armee Fraktion" weiterhin auf Terroranschläge und auf die Veröffentlichung von Positionspapieren zu aktuellen politischen Themen.

Aktionsfelder der militanten autonomen Szene waren 1995 unter anderem der sogenannte Antifaschismuskampf, gerichtet gegen den "alltäglichen Faschismus des kapitalistischen Systems", sowie der "Castor-Widerstand". Daneben spielten auch weiterhin Bemühungen um eine straffere Organisation eine Rolle.

Schwerpunktthema innerhalb des linksextremistischen Spektrums insgesamt ist seit der zweiten Hälfte des Jahres 1995 das laufende Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts, das sich außer gegen die terroristischen Vereinigungen AIZ und "K.O.M.I.T.E.E." auch gegen mutmaßliche Redakteure der Unter-

grundschrift "radikal" richtet. Nicht zuletzt wegen der Herkunft zweier inhaftierter mutmaßlicher "radikal"-Redakteure aus Schleswig-Holstein gingen von dem Sympathisantenpektrum im Lande für die bundesweite "Soli-Arbeit" von Beginn an die entscheidenden Impulse aus. Bundesweit wird nach wie vor versucht, mit gezielten Aktionen und öffentlicher Unterstützung bekannter Szene-Anwälte eine breite, über die Szene-Grenzen hinausreichende Solidaritätsfront zu mobilisieren und das Ermittlungsverfahren als "Organisationskonstrukt der Bundesanwaltschaft zur Kriminalisierung der Zeitungsarbeit" und allgemein als Angriff auf die Pressefreiheit darzustellen. Bemerkenswert ist weiter, daß die "Soli-Bewegung" eine Distanzierung von der AIZ trotz der überwiegend als notwendig erachteten inhaltlichen Auseinandersetzung mit deren Positionen und Aktionen ablehnt. Gebotene Kritik, so heißt es, dürfe nicht zu einer Entsolidarisierung innerhalb der linksextremistischen Szene führen.

Dogmatische linksextremistische, das heißt insbesondere am Marxismus-Leninismus ausgerichtete Gruppierungen hatten auch 1995 nur vergleichsweise geringe politische Bedeutung. Ihre Aktivitäten wurden im wesentlichen durch Bündnisbemühungen um die "Partei des Demokratischen Sozialismus" geprägt.

2 Linksextremistischer Terrorismus

2.1 "Antimperialistische Zelle" (AIZ)

Die AIZ verwirklichte auch 1995 ihre mehrfach wiederholten Ankündigungen und Drohungen, "dort militant/bewaffnet anzugreifen, wo die brd-eliten wohnen und arbeiten" und dabei eine "potentiell tödliche bedrohung" bewußt ins Kalkül zu ziehen.

Ihre bisherige Serie von Gewalttaten setzte sie 1995 mit folgenden Aktionen fort:

- 22. Januar 1995 in Wolfsburg:
Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus des Vorsitzenden der Deutsch-Marokkanischen Gesellschaft und ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Dr. Volkmar Köhler;
- 23. April 1995 in Erkrath bei Düsseldorf:
Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus des CDU-Bundestagsabgeordneten und Mitgliedes des Bundestagsinnenausschusses Dr. Joseph-Theodor Blank;
- 17. September 1995 in Siegen:
Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus des CDU-Bundestagsabgeordneten und verteidigungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Paul Breuer;
- 23. Dezember 1995 in Düsseldorf:
Sprengstoffanschlag auf das Firmengebäude des Heitkamp-Konzerns, in dem unter anderem das peruanische Honorarkonsulat untergebracht ist; der Firmeninhaber, Dr. Engelbert Heitkamp, ist zugleich peruanischer Honorarkonsul.

Das Aktionsgebiet der AIZ beschränkte sich bisher auf die Bundesländer Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen. Während ihre Verlautbarungen zuvor schwerpunktmäßig innenpolitische Themen zum Gegenstand hatten, wandte sich die AIZ im Jahr 1995 vornehmlich internationalen Konflikten zu. Dabei zeigt sich ein starker Bezug zu revolutionär-islamischen Gruppierungen, die - so die AIZ - zur Zeit im internationalen antiimperialistischen Kampf führend seien. Zu den Gruppierungen, die weltweit militant Widerstand gegen den Imperialismus leisteten, zählt sie auch die "Arbeiterpartei Kurdistans" und die "Peruanische Kommunistische Partei".

Die Besonderheit des Anschlages auf das Heitkamp-Hochhaus liegt darin, daß die AIZ über die Zielperson Heitkamp einen Bogen von

der Politik zur Wirtschaft geschlagen hat. Bemerkenswert ist auch, daß die AIZ die Verantwortung für die Mißstände in Politik und Wirtschaft nicht mehr nur den "brd-eliten", sondern der "brd-gesellschaft" schlechthin zuweist.

Bereits seit April 1994, veröffentlichten nahezu alle maßgeblichen Szene-Gruppen und -publikationen in Deutschland - teilweise mehrmals - zahlreiche Kritikpapiere mit größtenteils ablehnenden Positionen. Parallel zu den unbeirrt durchgeführten AIZ-Gewalttaten und den tatbegleitenden Erklärungen nahm auch die Szene-Kritik an Schärfe und Volumen zu. Kernpunkte der Kritik bildeten das Festhalten am Konzept "potentiell tödliche aktionen" und die fortgesetzte positive Bezugnahme auf revolutionär-islamische Gruppierungen sowie auf den angeblich grundlegend antiimperialistisch ausgerichteten Kampf der "islamischen schwestern und brüder". In zum Teil sehr polemischer Form wurde der AIZ vorgeworfen, sie erfülle die Kriterien revolutionärer Politik in keinem Punkt. Sie verfare nach dem Motto "egal wie, egal mit welchen zielen, hauptsache es bewegt sich was und ist objektiv antiimperialistisch". Mit den "islamischen schwestern und brüdern" gebe es aber außer dem politischen Gegner keine Gemeinsamkeiten. Zudem sei die Unkontrollierbarkeit ihrer Aktionen und die Ungenauigkeit des Konzepts der potentiell tödlichen Bedrohung abzulehnen. Sei der Tod einer Person gewollt, so müsse genau bestimmt werden, wann dies nötig sein solle. Eine so laxe Haltung, wie sie die AIZ einnehme, schade der Linken und ihrem Kampf um Befreiung.

Ungeachtet aller Kritik und aller Distanzierungsbemühungen besteht eine verhaltene Bereitschaft, mit der AIZ in eine Diskussion einzusteigen. Tragend ist dabei der Gedanke, berechtigte Kritik müsse eine solidarische sein und dürfe nicht zu einem vom Staat gewollten Auseinanderdividieren führen.

Der Tatablauf sowie der Inhalt der Selbstbezeichnung zum bisher letzten Anschlag am 23. Dezember 1995 belegen deutlich, daß

die AIZ von der massiven Szene-Kritik völlig unbeeindruckt geblieben ist. Im Gegenteil, sie kritisiert ihrerseits pauschal alle Gegenpositionen. Offenbar erhält für sie der revolutionäre Kampf seine Rechtfertigung aus sich selbst. Der "außerparlamentarischen linken" in der Bundesrepublik wirft sie erneut Passivität vor. Viele hätten sich aus der Szene zurückgezogen. Reststrukturen seien nur noch von marginaler Bedeutung. Von einer "außerparlamentarischen linken" könne kaum gesprochen werden.

Die fortwährende Bezugnahme auf revolutionär-islamische Gruppierungen sowie ihr Festhalten am Konzept "potentiell tödliche Aktionen" sprechen für die Annahme, daß die AIZ ihre isolierte Außenseiter- und Avantgarderolle unbeirrt fortführen will, daß sie auch künftig in Deutschland weder Verbündete suchen noch finden wird. Dabei begibt sie sich selbst zunehmend in eine Märtyrerrolle nach islamischen Vorbildern.

Mit der neuen Adresse an die "mehrheit der brd-gesellschaft" erreicht die von der AIZ ausgehende Bedrohung eine neue Dimension. Eine Eingrenzung künftiger Aktionsziele ist damit noch schwieriger geworden. Für das Jahr 1996 kündigte die AIZ in ihrer letzten Erklärung weitere Aktionen an:

"wir werden die erklärungen zu aktionen, die wir nächstes jahr, inschallah, durchführen werden, so unterzeichnen wie diese erklärungs:
aktion khaled kelkal - antiimperialistische zelle."

Die Bezugnahme auf den in einem Feuergefecht mit französischen Sicherheitskräften getöteten algerischen Terroristen Khaled Kelkal, dem mehrere 1995 in Frankreich verübte Bombenanschläge zugerechnet werden, die zahlreiche Tote und Verletzte forderten, läßt für künftige Anschläge eine steigende Gefährdung für Leib und Leben als nicht ausgeschlossen erscheinen. Nach der Verhaftung zweier mutmaßlicher AIZ-Mitglieder am 25. Februar 1996 sind bisher weitere Anschläge ausgeblieben.

2.2 "Rote Armee Fraktion" (RAF)

Die RAF ist bei ihrem vorläufigen Verzicht auf tödliche Aktionen geblieben, den sie mit ihrer Deeskalationserklärung vom April 1992 der Öffentlichkeit übermittelt hatte. Auch im Jahr 1995 blieben sowohl terroristische Aktionen als auch positionsbestimmende oder intervenierende Erklärungen zu Gewalttaten anderer terroristischer Gruppierungen oder zur allgemeinen Szenediskussion aus.

Durch die lange inaktive Phase dürfte ein Vakuum ohne politische Nähe zur Basis entstanden sein. Vor diesem Hintergrund dürften erneute Anschläge gegen Personen oder Sachen kaum vermittelbar sein. Trotzdem muß die RAF als noch existent betrachtet werden. Einige RAF-Terroristen befinden sich nach wie vor in Freiheit. Es ist anzunehmen, daß sie weiterhin über Waffen und Anschlagsgesamtheit verfügen, wovon sie Gebrauch machen könnten, sei es auch nur, um sich in einer für sie bedrohlichen Situation zu wehren oder um sich im Falle einer Entdeckung der Festnahme zu entziehen.

Die Entlassung von insgesamt sechs ehemaligen RAF-Terroristen 1995 führte zu einer Entspannung in der "Gefangenenarbeit" der Unterstützer-Szene und zur Stagnation der Freilassungsinitiativen. Eine bereits im Mai 1994 begonnene Aktionskette "Freiheit für alle politischen Gefangenen" mit dem Ziel, "jeden zweiten Freitag im Monat in die Städte zu gehen, wo Verantwortliche für die Haftbedingungen unserer Angehörigen sitzen, um dort zu protestieren und Widerstand zu organisieren", endete nach insgesamt 13 Veranstaltungen mit der bisher letzten Aktion im April 1995 in Mainz.

Ein wesentlicher Grund für das schwindende Interesse der Szene ist das Verhalten der Gefangenen untereinander nach dem Bruch im RAF-Gefüge seit April 1992, der auch die Gefangenen in Ablehner und Befürworter der neuen Linie der RAF-Illegalen spaltete.

Ein Gefangenenskollektiv mit richtungsweisender Ausstrahlung in die Szene existiert seitdem nicht mehr. Nach der bereits erwähnten Entlassung mehrerer Langzeitinhaftierter befinden sich fast ausschließlich solche Personen in Haft, die noch sehr lange Haftstrafen zu verbüßen haben und die nicht zuletzt wegen fehlender Freilassungsperspektiven eine Hardliner-Position in der alten RAF-Linie beziehen.

Mit Datum vom 10. Juli 1995 wurde die Erklärung der letzten von ursprünglich vier in Lübeck inhaftierten ehemaligen RAF-Terroristinnen, Hanna Krabbe, veröffentlicht, in der sie ihre eigene und die Haftsituation anderer RAF-Inhaftierter beschrieb:

"... um uns eine reale perspektive auf freiheit zu erkämpfen, brauchen wir zuerst einmal voraussetzungen, uns politisch auszutauschen und zu äußern, untereinander und mit draußen auch gegen den letzten versuch, uns quasi geschichtlich zu erledigen, indem unsere entscheidung zum bruch mit der politik der illegalen in alle richtungen interpretiert wird ..."

In der gleichen Erklärung machte die Verfasserin deutlich, daß sie nicht bereit sei, sich über ihre bereits 1992 erfolgte Absage an die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes im Falle ihrer Freilassung hinausgehend von früheren Aktionen der RAF zu distanzieren. Sie betont:

"... wir können unsere gemeinsame kampfgeschichte nicht der justiz übergeben. entweder sie lassen uns raus und akzeptieren unsere politische haltung und verantwortung oder nicht. ich bin jedenfalls nicht bereit, eine aktion, in der es uns um die befreiung aller kämpfenden politischen gefangenen und um die kontinuierität bewaffneter systemoppositioneller politik ging, vor dem richter in legitim und illegitim auseinanderdividieren zu lassen ..."

2.3 Unterstützer- und Sympathisantenspektrum des Terrorismus

Ehemals bestehende Strukturen im Unterstützer- und Sympathisantenspektrum der RAF sind im Zuge der Richtungsdiskussionen nach der Zäsur im RAF-Gefüge weiter auseinandergefallen.

Die Geschichte der RAF und ihres bewaffneten Kampfes ist inzwischen kein Hauptthema der Szene-Diskussion mehr, obwohl in den einschlägigen Szene-Büchleinen und über Szene-Publikationen vielfältige Literatur zur Thematik angeboten wird. Über allem steht jedoch weniger eine Identifizierung mit den politischen Zielen der alten oder neuen RAF als die uneingeschränkte Solidarität mit den Gefangenen nach dem Motto "Freiheit für alle Gefangenen aus RAF und Widerstand".

Von einigen Hardliner-Gruppierungen wird allerdings militanter "Widerstand" nach wie vor als integraler Teil des Protestes gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse angesehen, wobei revolutionäre Gewalt nicht nur für legitim, sondern auch für unverzichtbar gehalten wird. Eine derartige Entwicklung zeigt sich besonders bei Gruppierungen mit antiimperialistischer Ausrichtung. In der Ende 1995 vom "Autonomen Aktionskomitee Darmstadt" herausgegebenen Publikation "Sabotage", Nr. 8, heißt es:

"(Wir) finden ... es grundsätzlich richtig, daß die Guerilla Teil ist in der Organisation und den Diskussionen und Perspektiven fundamentaloppositioneller Politik hier in der BRD! Denn eine Linke, die bewaffnete/militante Kämpfe als Mittel der Politik allgemein ablehnt, hat aufgehört, revolutionär zu sein!"

2.4 Szene-Potential in Schleswig-Holstein

Das Unterstützer- und Sympathisantenspektrum im Lande entwickelte sich parallel zur Bundesrichtung. Auch die Kritik an der AIZ liegt in der aufgezeigten Linie. Solidarität mit ihr sei trotz distanzierter Betrachtung der Anschläge und der Zielauswahl allein wegen Verunsicherung der Staatsmacht angezeigt.

Die Entlassungen der in Lübeck inhaftierten ehemaligen RAF-Terroristinnen Irmgard Möller am 1. Dezember 1994 und Christine Kuby am 21. Februar 1995 haben sich - soweit es um die "Lösung der Gefangenenfrage" geht - auch im Lande entspannend ausgewirkt.

Auch in Schleswig-Holstein wurde versucht, die Szene auf der Basis gezielter Theoriediskussionen über Gewalt und andere links-extremistische politische Grundpositionen zu festigen und weiteres Potential aus anderen Zusammenhängen zu integrieren. Wesentliche Impulse gingen dabei von anleitenden Szene-Angehörigen mit starker Gruppendominanz aus, von denen zwischenzeitlich einige aus persönlichen oder politischen Gründen in andere Bundesländer verzogen sind.

3 "Rote-Hilfe"-Aktivitäten

Die "Rote Hilfe e. V." versteht sich als Rechts- und Hafthilfeorganisation in der Tradition einer gleichnamigen kommunistisch gesteuerten Gruppierung der Weimarer Zeit. Heute arbeitet sie als "Solidaritätsorganisation für die gesamte Linke", vor allem für "politisch Verfolgte" und "politische Gefangene" in Deutschland.

Die Organisation artikuliert sich öffentlich unter anderem über ihr vierteljährlich herausgegebenes Organ "Die Rote Hilfe" und durch aktive Szene-Arbeit bzw. enge Kommunikation mit allen einschlägigen linksextremistischen Gruppierungen.

Der Literaturvertrieb erfolgt über ihren Bundesvorstand mit Sitz in Kiel. In der Quartalsausgabe 3/95 werden die günstige personelle Entwicklung der Organisation und eine "Super-Bilanz" für das Jahr 1994 aufgezeigt. Die Mitgliederzahl sei von 877 (Ende 1993) über 1 233 (Ende 1994) auf 1 478 im Juli 1995 gestiegen. Die Einnahmen hätten erstmals 100 000 DM überschritten; davon stammten 85 000 DM aus Mitgliedsbeiträgen. Zur Unter-

stützung politisch Verfolgter hat die Organisation 68 000 DM aufgewendet.

In ihren Schriften wird vornehmlich über inhaftierte deutsche und ausländische Terroristen, über laufende Strafprozesse gegen terroristische Gewalttäter und allgemein über linksextremistische deutsche und ausländische Gruppierungen berichtet. Dabei werden auch Berichte aus anderen extremistischen Publikationen übernommen und für linksextremistische Literatur geworben.

Der relativ hohe Berichtsanteil der Ortsgruppe Kiel in der Schrift "Die Rote Hilfe" unterstreicht die Aktivität der Gruppe, die auch sehr stark in die Presse- und Szene-Arbeit zum "radikal"-Verfahren (siehe dazu unter Nr. II 4.2.1) eingebunden ist. In der Ausgabe 4/95 bezeichnet sie das Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Redakteure der Untergrundschrift als ein neues Organisationskonstrukt, mit dem sich die Bundesanwaltschaft offenbar ein Mittel zur Kriminalisierung von Zeitungsarbeit schaffen wolle.

Eine bereits bekannte Broschüre mit dem Titel "Was tun, wenn es brennt?!" mit Rechtshilfetips für "aktiv am Klassenkampf teilnehmende, gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfende HausbesetzerInnen, AKW-GegnerInnen, AntifaschistInnen und KommunistInnen" wurde in der ersten Hälfte des Jahres 1995 in aktualisierter Form ins Türkische übersetzt.

4 Autonom-anarchistische Szene

Mit bundesweit rund 6 000 Mitgliedern stellen gewaltbereite autonome Gruppierungen nach wie vor ein erhebliches Gefährdungspotential für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. In Schleswig-Holstein sind der militanten autonomen Szene rund 350 Personen zuzurechnen.

Sogenannte Autonome treten als Teil subkultureller Alternativbewegungen in Erscheinung. Einziges Element aller sich dieser Richtung zurechnenden Gruppierungen, deren Ursprünge auf die studentische Protestbewegung der sechziger Jahre zurückgehen, ist die Vorstellung eines freien, selbstbestimmten Lebens in herrschaftsfreien Räumen ("Nischen") der jeweiligen Gesellschaft. Entsprechend diesem Selbstverständnis werden Herrschaft und Zwänge jedweder politischer oder gesellschaftlicher Art abgelehnt.

Je nach Art der Umsetzung ihrer Zielvorstellungen ist zwischen nicht-militanten und militanten Autonomen zu unterscheiden. Während erstere versuchen, durch gewaltfreie Proteste gegenüber Staat und Gesellschaft ihre "Nischenkultur" zu leben, lehnen militante Autonome Staat und Gesellschaft nicht nur ab, sondern erklären sich zu aktiven Gegnern. Ein beispielhafter Beleg für dieses Selbstverständnis findet sich in den "Thesen zur autonomen Bewegung", die im Anhang des "Lesebuches zum Autonomie-Kongress 1995" veröffentlicht worden sind:

"... Je mehr Freiräume wir gewinnen können, desto besser ist unsere Ausgangsbasis, um den Staat und das System zu stürzen. Freiräume bedeuten ein punktuelles Außerkraftsetzen des Staates ..."

Diese "systembekämpfende" Haltung ist vor allem geprägt durch spontanen Aktionismus. Dabei wird die Anwendung von Gewalt als legitimes Mittel angesehen. In einem in der Berliner Autonomenschrift "INTERIM", Nr. 342 vom 17. August 1995, von unbekanntem Autoren veröffentlichten Beitrag wird betont:

"(Wir) begreifen ... militante, illegale Aktionen als einen integralen Teil des Protestes und Widerstandes gegen Herrschaftsverhältnisse ...
Wir werden uns nicht an den vom Staat vorgeschriebenen legalen Rahmen von Protest und Widerstand halten. Denn damit wären wir auch kontrollier-, berechen- und beherrschbar ... Also - eine Absage an Gewalt wird es von uns nicht geben - nicht heute und auch nicht in Zukunft!!!!!"
(Hervorhebungen im Original)

Militante Autonome sind daher nicht nur eine subkulturelle Randgruppe, sondern wegen ihrer politisch-extremistischen Grundhaltung der verfassungsfeindlichen Szene zuzurechnen.

4.1 Organisation und Strukturen der Szene

Eine homogene autonome Szene existiert nach wie vor nicht. In der Vergangenheit hat es zwar wiederholt Bemühungen um eine stärkere Organisation bestehender Zusammenhänge gegeben. Derartige Bestrebungen waren jedoch wegen der hierarchiefeindlichen Einstellung des autonomen Spektrums und der damit verbundenen Ablehnung verbindlicher Entscheidungsinstanzen nur in begrenztem Maße erfolgreich.

Auch der mit langer Vorlaufphase geplante und über Ostern 1995 in Berlin durchgeführte bundesweite "Autonomie-Kongreß" hat keine neuen Impulse für die Organisationsdebatte bringen können. Mit über 2 000 Teilnehmern hat er zwar gezeigt, daß noch immer eine beachtliche linksextremistische autonome Szene existiert. Es ist ihm jedoch nicht gelungen, gemeinsame politische Strategien verbindlich zu bestimmen. Dies belegen die "Thesen zur autonomen Bewegung", in denen die Grundposition militanter Autonomer zur Organisationsfrage wie folgt beschrieben wird:

"... Wir lehnen eine parteiförmige Organisationsstruktur aus vielerlei Gründen ab: In allen linksradikalen Parteien gab es das Funktionärsunwesen, das Delegieren von Interessen von unten nach oben, die mangelhafte Förderung des Selbstbewußtseins und der Selbstbestimmung der Massen etc. Jede kommunistische oder anarchistische Partei kennt das Problem der Macht bis zum Überdruß. In unseren Strukturen hingegen gibt es keine gewählten Delegierten oder Funktionäre ..."

Organisationsform ist nach wie vor die - häufig wechselnde - Kleingruppe. Zu bestimmten Ereignissen, Themen und Projekten werden allerdings Aktionsbündnisse gebildet. Üblich sind je nach Bedeutung bundesweite, regionale oder örtliche Vorbereitungstreffen. An deren Ende stehen aber in der Regel keine förmlichen Beschlüsse, sondern lediglich informelle Absprachen.

Zur Agitation und Mobilisierung, darüber hinaus für Warnhinweise wegen befürchteter staatlicher Maßnahmen und zur Verbreitung von Rechercheergebnissen zu rechtsextremistischen und vermeintlich rechtsextremistischen Organisationen nutzen Autonome - neben den vielfältigen Szene-Publikationen - in zunehmendem Maße auch neue elektronische Kommunikationstechniken. Hierzu zählen außer Mobiltelefonen und Telefaxgeräten insbesondere computergestützte, zum Teil mit hierarchischen Zugangsbeschränkungen und Verschlüsselungsprogrammen versehene Mailboxsysteme. So hat der von Angehörigen der autonomen antiimperialistischen Szene betriebene bundesweite Mailboxverbund "SpinnenNetz" mittlerweile drei Mailboxen in Bonn, Berlin und Frankfurt/M. mit zusammen über 100 ständigen Nutzern - davon mehreren aus Schleswig-Holstein - eingerichtet.

4.2 Aktionsfelder

4.2.1 "radikal"-Verfahren

Ein strukturübergreifendes Schwerpunktthema mit bundesweiter Resonanz wurde durch das Ermittlungsverfahren gegen die mutmaßlichen Hersteller und Verbreiter der Untergrundschrift "radikal"

wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Unterstützung terroristischer Vereinigungen gemäß §§ 129, 129 a Strafgesetzbuch ausgelöst. Am 13. Juni 1995 wurden auf Anordnung der Bundesanwaltschaft in Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zahlreiche Objekte verdächtiger Personen durchsucht. Einzelne Maßnahmen richteten sich gleichzeitig gegen mutmaßliche Angehörige der terroristischen Gruppierungen AIZ und "K.O.M.I.T.E.E."

Im Zusammenhang mit dem "radikal"-Verfahren wurden insgesamt vier Personen verhaftet, zwei von ihnen stammen aus Lübeck bzw. Rendsburg. Die Verhaftungen lösten in der linksextremistischen Szene eine Protest- und Solidaritätswelle aus. Unmittelbar nach Beginn der Exekutivmaßnahmen wurden auf scene-üblichen Wegen Warnhinweise verbreitet und bekannte Szene-Anwälte eingeschaltet. In Spontanveranstaltungen wurden Betroffenenberichte "politisch bewertet" und weitere Vorgehensweisen abgestimmt. Später wurden regionale, landes- und bundesweite Treffen veranstaltet, auf denen Arbeitskreise, "Soli- und Besucherkomitees" gebildet und "Antirepressionsbüros" eingerichtet wurden. Es schlossen sich zahlreiche Solidaritätsveranstaltungen wie "Knastkundgebungen und -demonstrationen" vor den Haftanstalten und auch an anderen Orten sowie Aktionstage bzw. -wochen an. Zur Mobilisierung und aktuellen Informationsübermittlung wurden vermehrt scene-eigene bzw. von der Szene mitbenutzte Mailboxen in Anspruch genommen, wobei der "Informationsdienst Schleswig-Holstein" als bundesweites Informationszentrum fungierte.

In Lübeck fanden neben einer Aktionswoche acht und in Neumünster vier Veranstaltungen vor den Haftanstalten statt. Hinzu kamen zahlreiche weitere Solidaritätsaktionen, die auch in anderen Städten im Lande veranstaltet wurden.

Den Höhepunkt bildete eine Demonstration am 16. Dezember 1995 in Hamburg. Unter dem Motto "radikal ins nächste Jahrtausend"

war zur Teilnahme an einer "kraftvollen, möglichst großen demonstration" aufgerufen worden, "um druck auf den haftprüfungstermin auszuüben". Obwohl alle Verdächtigen des "radikal"-Verfahrens bereits vorher aus der Haft entlassen worden waren, beteiligten sich rund 4 700 Personen an der Demonstration.

Vor der Entlassung hatten die Initiatoren Demonstrationsaufrufe mit Forderungen wie "Einstellung des Verfahrens", "Weg mit den §§ 129, 129 a", "Weg mit der Beugehaft", "Weg mit dem PKK- und Dev-Sol-Verbot" herausgegeben. Sie wurden erweitert um die Feststellung:

"Die unmittelbare Freude und Erleichterung, die Vier aus dem Knast raus und wieder unter uns zu haben heißt nicht, daß wir uns jetzt zurücklehnen können! Jetzt erst recht, bundesweite Demo am 16.12. gegen die politischen Verfahren vom 13.06."

Der hohe Mobilisierungsgrad zeigt die große Aktionsbereitschaft innerhalb der linken Szene bei Reizthemen, obwohl der "heftige Schlag die ohnehin zersplitterte Linke in einer Phase der Schwäche" getroffen hat.

An den verschiedenen Veranstaltungen beteiligten sich keineswegs nur (deutsche und ausländische) linksextremistische Gruppen. Von diesen gingen jedoch die Initiativen und die entscheidenden Impulse aus. Ihr Ziel war es unter anderem, in einer bundesweiten "PR-Kampagne" gezielte Informationen in die Öffentlichkeit zu tragen, um breite positive Resonanz bis hinein in das "bürgerliche Lager" zu erreichen. Deshalb wurde die Durchsuchungs- und Festnahmeaktion in der Öffentlichkeit als ein allgemeiner Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit deklariert.

Nicht zuletzt wegen der Herkunft zweier mutmaßlicher "radikal"-Redakteure aus Schleswig-Holstein gingen bzw. gehen von dem Sympathisantenspektrum im Lande für die gesamte Solidaritätsarbeit in Deutschland die entscheidenden Initiativen aus. Das geschieht in sehr enger Kooperation und personeller Ver-

flechtung mit der Hamburger Solidaritäts-Szene und schließt die gesamte scene-interne Pressearbeit ein.

Die Festnahmen vom 13. Juni 1995 haben die verdeckten Strukturen der "radikal" offenbar nicht entscheidend geschwächt. Seit Mitte November 1995 wird eine neue Ausgabe der "radikal" verbreitet (zwei Hefte mit insgesamt 100 Seiten), die während der Inhaftierung der mutmaßlichen Redakteure erstellt worden sein dürfte. Bemerkenswert ist hierzu, daß die neue Ausgabe mehrfach deutlich norddeutsche Bezüge (Hamburg/Schleswig-Holstein) erkennen läßt. Dies zeigt sich insbesondere darin, daß für detaillierte Einzelfallschilderungen fast ausschließlich die Fälle der Inhaftierten aus Schleswig-Holstein zitiert und daß im Text typische Formulierungen aus dem norddeutschen Sprachgebrauch gewählt wurden.

4.2.2 Antifaschismus

Ein weiteres zentrales Aktionsfeld der militanten autonomen Szene ist nach wie vor der "Antifaschismuskampf". Anders als in den Vorjahren sind jedoch 1995 - trotz der auch in der Szene thematisierten Gedenkfeiern aus Anlaß des 50. Jahrestages des Kriegsendes - spektakuläre und massenhafte Demonstrationen ausgeblieben.

Der Antifaschismus-Begriff der autonomen Szene versteht sich nicht als reine "Anti-Nazi-Bewegung", sondern umfaßt auch die Auseinandersetzung mit dem bestehenden gesellschaftlichen System, das als "imperialistisch" bezeichnet wird. Kennzeichnend für das Selbstverständnis autonomer Antifaschisten heißt es in einem Textbeitrag des vom Münsteraner "Unrast-Verlag" herausgegebenen "Antifaschistischen Kalenders 1995":

"Die Parole 'Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System' steht für ein radikales, d. h. an die gesellschaftlichen Wurzeln gehendes Verständnis von Antifaschismus."

4.2.3 Anti-Atomkraft

Der militante Protest gegen Atomkraft ist 1995 von der autonomen Szene, insbesondere im Hinblick auf Castor-Transporte, in auffällig gewalttätiger Form wieder aufgenommen worden. Im Laufe des Jahres entstanden bundesweit mit Schwerpunkt in Niedersachsen - Schleswig-Holstein war nur in relativ geringem Ausmaß betroffen - Sachschäden in Millionenhöhe. Der Bahnverkehr wurde empfindlich gestört. Die Täter blockierten Bahnstrecken mit Steinen, brennenden Strohballen oder Betonringen; Bahnschwellen wurden durchgesägt, Gleiskörper unterhöhlt, Signalkabel durchtrennt oder Oberleitungen mit Wurfankern zerstört. In Szene-Schriften erschienen detaillierte Anleitungen zum Bau von Wurfankern. In zahlreichen Anrufen drohten Unbekannte mit Bombenexplosionen. .

In der Berliner Autonomen-Schrift "INTERIM", Nr. 329 vom 27. April 1995, wurden die militanten Aktionen gegen Castor-Transporte als Erfolg gewertet. Die Anti-AKW-Bewegung sei immer eine im besten Sinne breite, populistische Volksbewegung gewesen, in der sowohl "Schrebergärtner, Latzhosenbauern, Teile der modernen technischen Intelligenz und auch städtische Autonome" ihren Platz beansprucht hätten. Die Vielzahl der Aktionen sei Grund zu großer Freude und zum Teil heller Begeisterung gewesen. Sie wären darüber hinaus für die Zukunft äußerst ermutigend und hätten gezeigt, daß ein effektiver Widerstand gegen die herrschende Klasse nicht nur notwendig, sondern an vielen Orten und Stellen in der Republik möglich sei, ohne daß damit ein politischer Zusammenhang verlorengehen müsse.

Daß mit den gewalttätigen Protesten militanter Autonome nicht nur die "Atom-Mafia", sondern in erster Linie die Verfassungsordnung gemeint ist, verdeutlicht ein Aufruf der "Autonomen Zelle Erich Mühsam, München", in "INTERIM", Nr. 353 vom 23. November 1995, unter der Überschrift "Den Atomstaat zerschlagen!". Dort heißt es unter anderem:

"... Nicht falsche Atomprogramme sind der Fehler in diesem System, sondern das System ist der Fehler!"

4.3 Situation der autonom-anarchistischen Szene in Schleswig-Holstein

4.3.1 Potential und Strukturen

Der autonom-anarchistischen Szene in Schleswig-Holstein sind rund 350 Personen zuzurechnen, deren Bindung an die Szene allerdings von sehr unterschiedlicher Intensität ist. Sie sind in verschiedenen autonomen Gruppierungen und Initiativen aktiv. Regionale Schwerpunkte im Lande sind Kiel, Neumünster, Lübeck sowie Rendsburg. Autonome des Hamburger Randgebietes sind ganz überwiegend auf die Autonomen-Szene in Hamburg orientiert.

Die örtlich aktiven militanten Autonomen betätigen sich in mehr oder weniger losen Zusammenhängen. Neben einem jeweils relativ kleinen Kern von Aktivisten beteiligen sich an der "Autonomen-Arbeit" sporadisch und unverbindlich protestbereite Jugendliche.

Einen besonderen Stellenwert in der Struktur der autonomen Szene nehmen insbesondere die autonomen "Infoläden" ein. Sie dienen als Anlaufstellen und Treffpunkte für Szene-Angehörige, als Informationsbörse und zur Verbreitung von Szene-Publikationen.

Derzeit sind autonome "Infoläden" in Flensburg, Husum, Rendsburg und Kiel vorhanden. Von diesen verzeichnet gegenwärtig der "Infoladen Beau Rivage" in Kiel die größte Resonanz aus der örtlichen autonomen Szene. Der "Infoladen OMEGA" in Neumünster wurde 1995 geschlossen.

Eine Besonderheit stellt der von Autonomen betriebene "Informationsdienst Schleswig-Holstein" (ID SH) dar. Das seit 1994 in Neumünster bestehende Projekt versteht sich als ein "Dienstleistungsunternehmen auf dem Gebiet des Informationsaustausches

und der Beschaffung" unter Zuhilfenahme der scene-eigenen computergestützten Mailboxsysteme. Seine thematischen Schwerpunkte lagen 1995 allgemein in den Bereichen "Antifa" und "Internationalismus" (Kurdistan) und im besonderen in den Bereichen "Repression" und "Kriminalisierung". Hier engagierte sich das Projekt insbesondere in der Kampagne um die Freilassung der zwei aus Schleswig-Holstein stammenden mutmaßlichen Angehörigen des Redaktionskollektivs der Untergrundschrift "radikal".

4.3.2 Entwicklung der Gewalttaten in Schleswig-Holstein

Für 1995 wurden von der Verfassungsschutzbehörde 24 (Vorjahr: 13) linksextremistisch motivierte Gewalttaten erfaßt. Dabei handelt es sich im einzelnen um zwei Brandanschläge, eine Körperverletzung, 20 Sachbeschädigungen sowie einen vorgetäuschten Sprengstoffanschlag.

Die auffällige Steigerung der Anzahl der Gewalttaten in Schleswig-Holstein gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere durch folgende Ereignisse zu erklären:

- die polizeiliche Räumung des "Hüttendorfes Anatopia" im Zusammenhang mit dem Bau einer Mercedes-Teststrecke bei Papenburg (Niedersachsen), die Anlaß auch für Protestaktionen in Schleswig-Holstein war,
- die Castor-Transporte sowie
- die polizeilichen Durchsuchungen im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren gegen "radikal".

5 Dogmatischer Linksextremismus

5.1 Allgemeine Entwicklung

Dogmatische, das heißt im wesentlichen am Marxismus-Leninismus ausgerichtete linksextremistische Parteien und Gruppierungen haben nach wie vor nur geringe Bedeutung - auch in Schleswig-Holstein.

Während sich die ehemals moskauorientierte "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) nach erheblichen Mitgliedsverlusten seit dem Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" auf einem gegenüber den achtziger Jahren deutlich geringeren Niveau stabilisiert hat, weist das revolutionär-marxistische Spektrum, insbesondere der "Bund Westdeutscher Kommunisten" (BWK) und die inzwischen in "Vereinigung für sozialistische Politik" (VSP) umbenannte "Vereinigte Sozialistische Partei" (VSP), gewisse Auflösungserscheinungen auf. Eine Ausnahme bildet die "Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands", die als einzige linksextremistische Partei in den vergangenen Jahren leichte Zuwachsraten verzeichnen konnte (bundesweit rund 2 000 Mitglieder). In Schleswig-Holstein ist sie jedoch ohne Bedeutung.

Mangels eigenständiger politischer Perspektiven suchen Parteien des linksextremistischen Spektrums zunehmend die Zusammenarbeit mit der "Partei des Demokratischen Sozialismus".

5.2 Einzelne Organisationen

Im Bundesgebiet sind derzeit noch rund 6 000 Mitglieder in der DKP organisiert (1989: rund 22 000). In der Bezirksorganisation Schleswig-Holstein sind noch 275 Mitglieder verblieben (1989: rund 900). Mehr als Zweidrittel der Mitglieder sind jedoch älter als 60 Jahre. Da eine leistungsfähige Jugendorganisation als potentielle "Kaderreserve" fehlt, ist für die Zukunft eine weitere Schrumpfung der Partei zu prognostizieren.

Ideologisch hält die DKP trotz der seit Ende der achtziger Jahre grundlegend veränderten politischen Verhältnisse an ihrem bisherigen Kurs fest. So erklärten die DKP-Funktionäre Heinz Stehr und Manfred Sohn in der Schrift "25 Jahre DKP - eine Geschichte ohne Ende" euphorisch:

"Wir treten an mit der festen Entschlossenheit, einen neuen Versuch zur Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft durch den Sozialismus zu wagen und dies besser zu machen, als zwischen 1917 und 1989."

Die Mitgliedsverluste haben dazu geführt, daß auch in Schleswig-Holstein viele Kreisorganisationen, Orts-, Stadtteil- und Betriebsgruppen der DKP aufgelöst wurden. Auch das Erscheinen von DKP-Orts- und Stadtteilzeitungen ist weitgehend eingestellt worden.

Der BWK/VSP-Landesverband schrumpfte in den vergangenen Jahren personell bis zur Bedeutungslosigkeit. Mit rund 30 Mitgliedern trat er vornehmlich publizistisch in Erscheinung. Eine eigenständige politische Rolle wird offensichtlich nicht mehr angestrebt. Der Landesverband versteht sich seit Anfang 1995 nur noch als "Arbeitsgemeinschaft bei/in der PDS". In fast allen Bundesländern hat sich eine ähnliche Entwicklung vollzogen. Allem Anschein nach wird in dieser Vorgehensweise eine Möglichkeit gesehen, größeren politischen Einfluß zu erlangen und im Umfeld der PDS eigene Strukturen zu rekonstruieren.

Die 1990 in "Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS) umbenannte "Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" versteht sich selbst als linke Strömungspartei, in der

"... sowohl Menschen einen Platz (haben), die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden."
(Programm der PDS, Berlin 1993, S. 23 f.)

Bundesweit verfügt die PDS über rund 123 000 Mitglieder, die jedoch zum überwiegenden Teil in den neuen Bundesländern organisiert sind.

In den westlichen Bundesländern wird das Bild der Partei unter anderem von einer intensiven Zusammenarbeit mit großen Teilen des linksextremistischen Spektrums geprägt. Während vom Bund und den Bundesländern Bayern und Hessen die PDS als verfassungsfeindlich eingestuft wird, ist sie in Schleswig-Holstein wie in anderen Bundesländern nach wie vor Prüffall. Die weitere Entwicklung des mit lediglich 50 bis 60 Mitgliedern politisch bisher bedeutungslosen Landesverbandes bleibt abzuwarten.

6 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 1993 bis 1995

- ohne Bereinigung von Mehrfachmitgliedschaften -

	1993	1994	1995
Orthodoxe Kommunisten	600	600	550
Revolutionär-marxistische Gruppen	100	100	100
<u>Militante Autonome</u>	<u>350</u>	<u>350</u>	<u>350</u>
Gesamt Land	1 050	1 050	1 000
=====			
Gesamt Bund	29 300	28 900	29 600

III. Extremistische Bestrebungen von Ausländern

1 Überblick

Von den 1995 in Schleswig-Holstein wohnhaften 136 791 Ausländern gehörten lediglich rund 1 500 extremistischen bzw. extremistisch beeinflussten Ausländerorganisationen an. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Mitgliedschaften in diesen Organisationen häufig der Kontaktpflege unter Landsleuten dienen, ohne daß sich ihre Mitglieder nachhaltig mit deren extremistischen Zielen identifizieren. Einen Anstieg der Mitgliederzahlen hatten 1995 extrem-nationalistisch orientierte türkische Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein zu verzeichnen.

Gefährdungen für die Innere Sicherheit sowohl auf Bundes- als auf Landesebene gingen in erster Linie wiederum von der "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) und von zur Gewalt neigenden extremistischen türkischen Organisationen aus. Die übrigen in Schleswig-Holstein vertretenen extremistischen Ausländerorganisationen traten nur gelegentlich mit öffentlichen Aktivitäten in Erscheinung.

Die seit 1992 in Schleswig-Holstein zu beobachtenden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der PKK und jüngeren nationalistisch orientierten Türken erreichten mit der Erschießung eines Anhängers der PKK am 3. September 1995 in Neumünster einen tragischen Höhepunkt. Zu dieser Entwicklung trug eine insbesondere unter jüngeren nationalistisch gesinnten Türken in Schleswig-Holstein festzustellende Radikalisierung bei. Die PKK nutzte die Ereignisse in Neumünster zu einer Propaganda-offensive gegen die als "Graue Wölfe" bezeichneten nationalistischen Türken und zu einem bundesweiten Trauermarsch von Kurden am 9. September 1995 in Neumünster mit rund 7 500 Teilnehmern. Der Trauermarsch verlief ohne größere Zwischenfälle.

In Schleswig-Holstein wurden 1995 neun Brandanschläge und sonstige Sachbeschädigungen vorwiegend gegen türkische Reisebüros und Vereinseinrichtungen nationalistisch gesinnter Türken verübt. Personen wurden dabei nicht verletzt. Es entstand zum Teil hoher Sachschaden. In mehreren Fällen gab es Hinweise auf die Täterschaft der PKK und linksextremistischer türkischer Organisationen. Die Anschläge sind Ausdruck des weiterhin anhaltenden türkisch-kurdischen Konfliktes in der Türkei und der entschiedenen Gegnerschaft zwischen verfeindeten links- und rechtsextremistischen türkischen Gruppen.

2 Die "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) setzt ihre Tätigkeit trotz Verbot in der Bundesrepublik fort

Mit bundesweit knapp 9 000 Anhängern stellt die 1993 im Bundesgebiet verbotene PKK nach wie vor das mit Abstand größte Gefährdungspotential für die Innere Sicherheit unter den extremistischen Ausländerorganisationen dar. In Schleswig-Holstein umfaßt ihr Anhänger- und Sympathisantenfeld wie auch im Jahr 1994 rund 600 Personen.

Die PKK ist entsprechend der marxistisch-leninistischen Parteidoktrin streng hierarchisch unter absoluter Führung ihres Generalsekretärs Abdullah Öcalan aufgebaut. Verstöße gegen die von den einzelnen Parteimitgliedern zu beachtende strenge Parteidisziplin werden mit zum Teil drakonischen Strafen geahndet.

Die PKK erhebt unverändert einen Alleinvertretungsanspruch für die Belange des kurdischen Volkes. Von ihr gesteuerte Organisationen treten als Interessenvertreter der in der Bundesrepublik lebenden Kurden auf. Diesem Zweck diente auch die am 12. April 1995 unter ihrer Mitwirkung erfolgte Konstituierung eines kurdischen Exilparlamentes in Den Haag (Niederlande). Es versteht sich als parlamentarische Vertretung für alle Kurden. Zu den Zielen des kurdischen Exilparlamentes gehört unter anderem auch die Unterstützung des "nationalen kurdischen Befreiungskamp-

fes", der allein von der PKK geführt wird. In dem aus 65 Abgeordneten bestehenden Parlament ist die PKK über ihr nahestehende Organisationen einflußreich vertreten.

Auch 1995 setzte die PKK ihre in der Bundesrepublik verfolgte Doppelstrategie fort, einerseits als Ansprechpartner für Kurdenfragen akzeptiert zu werden, andererseits durch militante Aktivitäten Aktions- und Kampfbereitschaft zu demonstrieren. Dabei wechselten Phasen militanter Aktionen und friedlicher politischer Bemühungen einander ab. Erkennbar war das Bemühen der PKK, mit Gewalttaten möglichst nicht in Verbindung gebracht zu werden, bei eher friedlichen Aufzügen aber demonstrativ durch Fahnen und Embleme trotz Verbotes Präsenz zu zeigen.

Besonders gewaltgeneigt zeigten sich 1995 jugendliche Anhänger der PKK. Von ihnen dürften die meisten Gewaltaktionen der PKK 1995 im Bundesgebiet ausgegangen sein. Innerhalb ihrer Jugendorganisation "Union der Jugendlichen aus Kurdistan" (YCK) hat sich eine militante Gruppierung herausgebildet, die sich als "Die Falken" bezeichnet. Sie soll den kurdischen Befreiungskampf "mit starken Aktionen" in Europa unterstützen. Eine solche Gruppierung unter der Bezeichnung "YCK - Kurdische Falken aus Kiel" trat erstmals mit einer von 300 Teilnehmern besuchten Veranstaltung am 24. Juni 1995 in Kiel in Erscheinung.

Im Frühjahr wurden im Zusammenhang mit einer von der PKK gesteuerten "Kampagne gegen den Tourismus in die Türkei" im Bundesgebiet zahlreiche Brandanschläge auf türkische Reisebüros verübt. In Schleswig-Holstein waren davon zwei Reisebüros in Kiel betroffen, als Täter eines der Anschläge wurden zwei PKK-Angehörige ermittelt. Das Landgericht Kiel verurteilte sie am 18. August 1995 zu Freiheitsstrafen ohne Bewährung. Eines dieser Reisebüros war am 16. März 1995 erneut das Ziel von Sachbeschädigungen. Am 9. Juni 1995 waren bundesweit Polizeieinrichtungen von Anschlägen betroffen. In Kiel-Mettenhof kam es zu einem versuchten Brandanschlag auf ein Polizeifahrzeug.

Wie bei früheren Anschlagsserien im Bundesgebiet bestritt die PKK, etwas mit den Brandanschlägen zu tun zu haben. Sie rechtfertigte diese Übergriffe als "normale Reaktion" auf die "Massaker in Kurdistan". Oftmals annähernd zeitgleiche und ähnliche Tatausführungen lassen jedoch in zahlreichen Fällen auf eine Urhebererschaft der PKK schließen.

In einige Anschläge, insbesondere gegen Moscheen und Begegnungsstätten, waren auch militante Anhänger von linksextremistischen türkischen Organisationen wie dem in "Revolutionäre Volksbefreiungsfront" (DHKP-C) umbenannten Karatas-Flügel der "Devrimci Sol" und die "Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten" verwickelt. Diesen Organisationen sind insbesondere Anschläge im Zusammenhang mit den Aleviten-Unruhen im März 1995 sowie der Gefangenenrevolte in Izmir (Türkei) im September 1995 zuzurechnen. Auch eine neuerliche, wiederum im Zusammenhang mit Unruhen in türkischen Gefängnissen stehende Anschlagswelle im Januar 1996, von der auch ein türkisches Geschäft in Kiel betroffen war, dürfte der DHKP-C zuzuschreiben sein.

Mit einer unter dem Motto "Für eine politische Lösung in Kurdistan" stehenden Großdemonstration am 17. Juni 1995 in Bonn, an der rund 70 000 Kurden aus dem Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland teilnahmen, stellte die PKK ihre Aktionsfähigkeit erneut unter Beweis.

1995 erfolgten bundesweit Exekutivmaßnahmen gegen die PKK. Die Verhaftung und Inhaftierung zahlreicher ihrer Funktionäre haben zumindest zeitweise zu personellen Engpässen bei der Besetzung wichtiger Führungsfunktionen geführt. Die Festnahmen richteten sich vor allem gegen solche Funktionäre, die innerhalb des illegalen Parteiapparates für die Anordnung, Planung und Ausführung von militanten Aktionen verantwortlich sein sollen. Ihnen wird von der Bundesanwaltschaft eine Reihe von Straftaten vorgeworfen, wie schwere und versuchte Brandstiftung, Sachbeschädigung, Verdacht der Schutzgelderpressung, Mitgliedschaft in einer ter-

roristischen Vereinigung innerhalb der Führungsebene der PKK nach § 129 a Strafgesetzbuch sowie versuchter Mord bei der Disziplinierung von Parteiabweichlern.

Am 29. Mai 1995 wurde in Kiel ein mutmaßlicher Regionalverantwortlicher der PKK festgenommen. Gegen ihn lag ein Haftbefehl wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und der Beteiligung an Brandanschlägen gegen türkische Einrichtungen im Bundesgebiet vor.

Von den Exekutivmaßnahmen deutscher Behörden gegen die PKK waren 1995 neben örtlichen kurdischen Vereinen auch mehrere ihrer zentralen Einrichtungen und überregionalen Organisationen betroffen, wie das "Kurdistan Informationsbüro" und der "Agri-Verlag" in Köln, die in Bochum ansässige "Föderation kurdischer Vereine in Deutschland" (YEK-KOM) sowie die "Informationsstelle Kurdistans" in Bonn. Dadurch mußte die PKK zumindest zeitweilig Rückschläge in ihrer Infrastruktur hinnehmen. Die Durchsuchung und teilweise Schließung dieser Objekte löste bei ihren Anhängern mehrfach gewaltsam verlaufene Protestaktionen aus. Mit bundesweiten Hungerstreikaktionen und befristeter Schließung ihrer örtlichen Mitgliedervereine wandte sich die YEK-KOM im Juli 1995 gegen die zunehmenden Exekutivmaßnahmen deutscher Behörden gegen die PKK. Bei der Auflösung von Hungerstreikaktionen der PKK im selben Monat in Berlin und Frankfurt/M. kam es zu massiven Widerstandshandlungen kurdischer Teilnehmer gegen die Polizei.

Auch 1995 solidarisierten sich Personen und Gruppen aus dem deutschen linksextremistischen Spektrum mit der PKK. Sie unterstützten die PKK bei der Anmeldung von Veranstaltungen und setzten sich für die Aufhebung des PKK-Verbotes in der Bundesrepublik ein. Eine Unterstützung der politischen Vorstellungen der PKK ließ auch die "Antimperialistische Zelle" in ihren Erklärungen erkennen. Diese Terrororganisation ist ausdrücklich bemüht, die PKK in den von ihr verfolgten "internationalen antiim-

perialistischen Kampf" einzubinden. Eine von PKK-nahen Organisationen und deutschen Initiativen aus der "Kurdistan-Solidarität" am 18. November 1995 in Köln geplante bundesweite Demonstration "Für eine politische Lösung in Kurdistan - Nein zum PKK-Verbot" wurde behördlich verboten.

Verschiedene linksextremistische Gruppierungen unterhalten auch in Schleswig-Holstein Beziehungen zur PKK.

Ende 1995 deutete der Generalsekretär der PKK Öcalan einen Gewaltverzicht seiner Anhänger in der Bundesrepublik an und räumte damit indirekt die Verantwortung für vorangegangene Gewaltaktionen ein. Zwar hat Öcalan danach durch unverhüllte öffentliche Drohung mit Terroranschlägen wieder Zweifel daran geweckt, daß es ihm mit Gewaltverzicht in Deutschland auf Dauer ernst ist. Im ersten Halbjahr 1996 hat er jedoch nach blutigen Ausschreitungen seiner Anhänger und nach PKK-kritischer Berichterstattung in den deutschen Medien die Linie der Gewaltfreiheit bis auf weiteres bekräftigt.

3 Extrem-nationalistische türkische Organisationen verzeichnen einen Zulauf an Anhängern in Schleswig-Holstein

Nach jahrelanger Stagnation sind bei extrem-nationalistisch orientierten Türken in Schleswig-Holstein wieder Aktivitäten festzustellen. Bei ihnen handelt es sich um Anhänger der in der Türkei tätigen extrem-nationalistischen "Partei der Nationalen Bewegung" (MHP) und ihres Auslandsablegers, der "Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V." (ADÜTDF). Von politischen Gegnern werden Anhänger der MHP und der ADÜTDF auch als "Graue Wölfe" bezeichnet. Zwar existiert eine derartige Organisation in der Bundesrepublik nicht. Als "Graue Wölfe" werden jedoch vor allem gewaltgeneigte jüngere national gesinnte Türken angesehen, die aus ihrer Gesinnung für die MHP auch öffentlich durch das Zeigen der Abbildung des "Grauen Wolfes" zum Beispiel auf Kleidungsstücken und durch den

"Wolfsgruß" keinen Hehl machen. Hochburgen nationalistischer Türken in Schleswig-Holstein sind Kiel, Lübeck und Neumünster. Den in Schleswig-Holstein tätigen türkischen Vereinigungen mit nationalistischer Ausrichtung sind rund 250 Mitglieder zuzurechnen.

Die Gründung türkischer Vereine im Jahr 1994 mit der Bezeichnung "Türkische Familienunion" hat in einigen Städten Schleswig-Holsteins wesentlich zur Stärkung des Lagers nationalistisch orientierter Türken beigetragen. Deren Vereinseinrichtungen sind zum Anziehungspunkt und Treffort für jüngere national gesinnte Türken geworden. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß es sich bei den "Türkischen Familienunionen" um Stützpunkte der MHP oder der ADÜTDF handelt. Darauf deuten auch in deren Vereinsheimen festgestellte Fahnen und Symbole wie der "Graue Wolf" hin.

4 Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) und nationalistischen Türken setzten sich fort

Die seit 1992 in Schleswig-Holstein zu beobachtenden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der PKK und nationalistischen Türken haben sich 1995 verschärft. Hieran waren hauptsächlich jüngere Türken und Kurden beteiligt.

Mitte August 1995 kam es in Rendsburg mehrfach zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der PKK und nationalistisch orientierten Türken, an denen sich auf beiden Seiten auch Personen aus anderen Orten beteiligten. Die Polizei konnte eine Eskalation der Auseinandersetzungen am 25. August 1995 vor dem PKK-nahen "Kurdischen Zentrum in Rendsburg und Umgebung e. V." durch starke Präsenz und Entwaffnung von rund 30 mit Baseballschlägern, Messern und Gaspistolen ausgerüsteten Türken verhindern.

Die Auseinandersetzungen setzten sich am 3. September 1995 in Neumünster fort und fanden ihren tragischen Abschluß in der Erschießung eines PKK-Anhänger durch einen Türken. Weitere der PKK zuzurechnende Kurden wurden durch Schüsse verletzt.

An einem von der PKK mit großem propagandistischen Aufwand organisierten bundesweiten Trauermarsch am 9. September 1995 in Neumünster beteiligten sich rund 7 000 Personen, darunter eine größere Anzahl von Angehörigen verschiedener linksextremistischer türkischer Organisationen. Die Trauerveranstaltung verlief friedlich. Dazu trug wesentlich das Deeskalationskonzept der Polizei bei.

Die 1995 in Schleswig-Holstein verübten insgesamt neun Brandanschläge und sonstigen Sachbeschädigungen - vorwiegend gegen türkische Reisebüros und Trefforte von rechtsgerichteten Türken - sind nur zum Teil auf die türkisch-kurdischen Auseinandersetzungen zurückzuführen. Bei einigen Anschlägen gab es Hinweise auf die Täterschaft von linksextremistischen türkischen Organisationen. Mehrfach betroffen von den Anschlägen waren Vereinsgebäude der "Türkischen Familienunion".

5 "Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V."

(AMGT) gliedert sich neu

Die rund 26 000 Mitglieder umfassende islamisch-extremistische AMGT hat sich im Mai 1995 in zwei eigenständige juristische Personen neu gegliedert, in die "Islamische Gemeinschaft-Milli Görüs" (IGMG) und in die "Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V." (EMUG). Der IGMG fällt dabei die Aufgabe zu, sich mit religiösen, sozialen und kulturellen Belangen zu befassen, während die EMUG ausschließlich den beträchtlichen Immobilienbesitz der ehemaligen AMGT verwalten soll.

Beide Organisationen sind in ihren Führungsgremien personell miteinander verflochten. Die Umorganisation der AMGT ist offen-

sichtlich erfolgt, um ihre Nennung in den Verfassungsschutzberichten des Bundes und der Länder zu verhindern und um befürchtete behördliche Zugriffe auf ihre Organisation und insbesondere auf ihr beträchtliches Vermögen zu erschweren.

In einem rechtskräftigen Beschluß vom 27. April 1995 hat das Verwaltungsgericht Hamburg die Einschätzung der Verfassungsschutzbehörden bestätigt, wonach bei der AMGT Anhaltspunkte dafür bestehen, sie als extremistisch zu bewerten. Das Gericht hatte vor allem in ihren Reden und Schriften antisemitische Äußerungen festgestellt und darin einen Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung gesehen.

Außerdem ist die AMGT für die Einführung einer auf dem Koran basierenden Staatsordnung und für eine weltweite Islamisierung eingetreten. Ein politisch verstandener absoluter religiöser Geltungsanspruch ist jedoch mit den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar.

In Schleswig-Holstein verfügt die IGMG in Kiel, Rendsburg, Neumünster und Lübeck über Zweigstellen und mit ihr kooperierende Vereine, denen rund 400 Mitglieder angehören. Den Vereinen sind Moscheen angeschlossen. Im November 1995 eröffnete die IGMG in Lübeck unter der Bezeichnung "Islamisches Zentrum" eine neue Gebets- und Begegnungsstätte vorwiegend für türkische Muslime. Mit politischen Aktivitäten hielten sich die AMGT und ihre Nachfolgeorganisation, die IGMG, in Schleswig-Holstein zurück.

**6 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängerzahlen der
extremistischen Ausländerorganisationen in
Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung
im Bundesgebiet 1993 bis 1995**

	1993	1994	1995
Türkische Organisationen			
- linksextremistische Gruppen	100	90	110
- islamisch-extremistische Gruppen	400	400	400
- extrem-nationalistische Gruppen	100	100	250
Kurdische Organisationen	400	600	600
Iranische Organisationen	50	50	40
Arabische Organisationen	140	100	100
Gesamt Land	1 190	1 340	1 500

Gesamt Bund	38 950	47 050	55 100